



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Seilmaier, Simone:

Der Ukrainekrieg aus theoretischer Perspektive - Eine Zeitenwende analysiert anhand des neorealistischen und konstruktivistischen Denkansatzes

Bachelorarbeit, Sommersemester 2023

Gutachter*in: Colschen, Lars C.

Sozialwissenschaftliche Fakultät
Geschwister-Scholl-Institut

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.107593>



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Seilmaier, Simone:

Der Ukrainekrieg aus theoretischer Perspektive - Eine Zeitenwende analysiert anhand des neorealistischen und konstruktivistischen Denkansatzes

Bachelorarbeit, Sommersemester 2023

Gutachter*in: Colschen, Lars C.

Sozialwissenschaftliche Fakultät
Geschwister-Scholl-Institut

Ludwig-Maximilians-Universität München



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2023

Simone Seilmaier

**Der Ukrainekrieg aus
theoretischer Perspektive – Eine
Zeitenwende analysiert anhand
des neorealistischen und
konstruktivistischen
Denkansatzes**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars C. Colschen
2023

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung -Wer hat Schuld?	3
2. Methodik	5
3. Theorien und theoretische Erwartungen.....	6
3.1 Theorien	6
3.1.1 Neorealismus	7
3.1.2 Konstruktivismus.....	9
3.2 Theoretische Erwartungen	12
3.2.1 Neorealismus-Russlands Machtpolitik	13
3.2.2 Konstruktivismus-Russlands Identität	14
4. Der Case -Von der Annexion der Krim bis zum Krieg.....	15
4.1 Entstehung und Verlauf	15
4.2 Empirische Überprüfung der Erwartungen	17
5. Fazit -Wann kommt der Friede?.....	31
Literaturverzeichnis.....	34

1. Einleitung -Wer hat Schuld?

“His name was Vladimir Putin, and he would one day have the power to act on that bitterness” (Sarotte, 2014, S.97).

Die Autorin dieses Zitats sollte mit ihrer Vermutung Recht behalten. Am 24. Februar 2022 leitete der russische Staatspräsident Putin mit seiner Entscheidung in die Ukraine einzumarschieren eine Zeitenwende in Europa ein (Heusgen, 2022; Van Bladel, 2023, S.17). Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts glaubte man, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion der Triumph des Liberalismus sei (Mearsheimer, 2014, S.83). Die liberale Demokratie und die Marktwirtschaft standen auf dem Vormarsch. Der Westen unter der Führung der USA, ist als Sieger aus dem Konflikt hervorgegangen und zur alleinigen Weltmacht aufgestiegen. Während der Zerfall des Ostblocks die kommunistischen Staaten vor eine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderung stellte, waren die meisten europäischen Länder in das internationale Wirtschaft- und Sicherheitskonstrukt der NATO eingebunden. Mit dem Ende des Kalten Krieges erhoffte man sich eine Zeit des ewigen Friedens. Doch bereits ein Vierteljahrhundert später brach ein Konflikt aus, der die europäischen Friedens- und Sicherheitsbedenken herausforderte (Lpb, 2022). Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 hat „die schwerste Krise Europas seit der Raketenkrise 1984 ausgelöst“ (Richter, 2014, S.1).

Der Konflikt entwickelte sich aus den Auseinandersetzungen rund um das vom damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch abgelehnte Assoziierungsabkommen mit der EU. Durch seine Entscheidung verloren viele Ukrainer die Hoffnung auf eine westlich-orientierte Politik der Regierung, was zu landesweiten Unruhen führte. Nachdem sich die Fronten verhärtet hatten, eskalierten die Proteste und forderten schon bald hunderte Todesopfer. Der amtierende Präsident Janukowitsch floh daraufhin nach Russland und eine prowestliche Übergangsregierung wurde eingesetzt. Für Russland schien damit eine Grenze überschritten zu sein und die russische Führung beschloss am 21. Februar 2014 mit der Annexion der Krim zu beginnen. Die Bemühungen in den darauffolgenden Jahren, einen Kompromiss zu finden, blieben erfolglos. Sieben Jahre nach dem Beginn der Auseinandersetzungen ließ Russland den Konflikt eskalieren. Nachdem der russische Präsident Vladimir Putin die Unabhängigkeit der beiden ostukrainischen Separatistengebiete anerkannt hatte, begann er am 24. Februar 2022 seinen großangelegten Angriff auf die Ukraine. Diese völkerrechtswidrige Invasion stellt den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg dar.

Die russische Militäroffensive markiert den Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Ost und West (Lpb, 2023; Person & McFaul, 2022).

Seither wird auch in der deutschen Medienlandschaft vehement diskutiert, wer die Schuld am Krieg trägt. Die öffentliche Meinung polarisiert stark zwischen „Russland-Verstehern und Russland-Kritikern“ (Von Beyme, 2016, S.7). Erstere suchen die Schuld im Fehlverhalten des Westens, der durch seine NATO-Expansion für den Krieg mitverantwortlich gemacht wird. Die zweite Gruppe führt den Einmarsch der russischen Truppen auf das persönlichen Machtstreben Putins zurück, der die alte Größe der Sowjetunion wiederherstellen wolle (ebd., 2016, S.7). Diese Lager spiegeln sich auch in der deutschen Parteienlandschaft wider. Seit Beginn des Krieges ringen die Parteien des linken und rechten Randes um einen Kurs in der Russlandfrage. Sowohl die AfD als auch Die Linke unterhielten lange Zeit Kontakte zu Russland, was von den anderen Parteien stark kritisiert wird (Stern, 2022). Wirft man einen Blick in die Fachliteratur, so zeigt sich auch hier, wie gespalten die Meinungen sind. Selbst in der politikwissenschaftlichen Forschung wird versucht einen Verantwortlichen für den Krieg ausfindig zu machen. Wie die Bandbreite an schuldzuweisenden Titeln wie “Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault” (Mearsheimer, 2014), “Why the West Is Principally Responsible for the Ukrainian Crisis” (Mearsheimer, 2022) oder “Russian 'deniable' intervention in Ukraine: how and why Russia broke the rules” (Allison, 2014) vermuten lässt, bildete sich auch in einschlägigen Publikationen keine einheitliche Meinung heraus. Während die Vertreter des Neorealismus den russischen Einmarsch in die Ukraine auf machtpolitische Beweggründe, wie die NATO-Erweiterung zurückführen, die nachhaltig das russische Sicherheitsgefühl erschütterte, stellen die Konstruktivisten die kulturelle Verbundenheit der beiden Länder in den Vordergrund (Mearsheimer, 2014, S.80; Allison, 2014, S.1282). Die folgende Arbeit greift die nicht abgeschlossene Debatte auf, indem sie die Frage stellt: Warum griff Russland die Ukraine im Februar 2022 an und leitete somit eine Zeitenwende in Europa ein?

Das Ziel der Arbeit ist es dabei, nicht einen Schuldigen für die Geschehnisse zu benennen, sondern in einer facettenreichen Untersuchung mögliche Gründe für das russische Vorgehen in der Ukraine ausfindig zu machen. In der vorliegenden Arbeit wird der Ukrainekrieg aus theoretischer Perspektive beleuchtet. Zu Beginn der vorliegenden Arbeit wird die Methodik der Einzelfallstudie und deren Vorteile vorgestellt. Im nächsten Kapitel werden der neorealistiche und konstruktivistische Ansatz aufgezeigt und die zentralen Annahmen herausgearbeitet. Aus diesen theoretischen Annahmen werden im darauffolgenden Unterkapitel Hypothesen formuliert und erklärt. Anschließend wird die Entstehung und der Verlauf des Konflikts genauer

erläutert, sodass im nächsten Kapitel die theoretischen Erwartungen auf den empirischen Fall angewendet werden können. In einem abschließenden Teil werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und einen Ausblick auf mögliche Konfliktlösungsoptionen geboten.

Auch wenn der Fokus im Untersuchungszeitraum der Arbeit auf der russischen Militärintervention von 2022 liegt, kann dieses Ereignis nicht ohne den Einbezug der vorherigen Geschehnisse betrachtet werden. Ab wann von einem Krieg gesprochen werden kann, ist auch in der Fachliteratur umstritten. Aus diesem Grund erstreckt sich der betrachtete Zeitraum von November 2013 bis Mai 2023. Dieser Ausgangspunkt wurde gewählt, da die Proteste, als Reaktion auf das abgelehnte Assoziierungsabkommen, den Grundstein für die weiteren Ereignisse legten. Der Endzeitpunkt der Untersuchung liegt zehn Jahre nach den ersten Auseinandersetzungen und reicht somit circa ein Jahr nach dem Einmarsch Russlands. Dies ermöglicht eine bessere Einordnung in den Kontext und erlaubt einen erweiterten Blick auf die Entwicklungen nach der militärischen Offensive.

2. Methodik

Das verwendete Forschungsdesign ist die qualitative Analyse einer Einzelfallstudie. Eine Einzelfallstudie wird in der vorliegenden Arbeit nach John Gerring (2004) definiert und stellt eine "intensive study of a single unit with an aim to generalize across a larger set of units" (S.341) dar.

Für die vorliegende Arbeit wurde eine y-zentrierte Forschungsmethode gewählt. Der Angriff Russlands auf die Ukraine stellt in der Arbeit die abhängige Variable dar. Die Analyse des russischen Verhaltens mithilfe der Theorien soll dabei helfen, die unabhängige Variable zu identifizieren und somit die Frage nach den Beweggründen für das russische Handeln zu beantworten. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, da der Schwerpunkt der Arbeit die Erklärung eines Ereignisses mit Hilfe von zwei Theorien ist. Der empirische Fall in dieser Arbeit ist die Ukrainekrise und das im Zusammenhang mit dieser stehende „Event“: die russische Militäroffensive im Jahr 2022. Als „Event“ bezeichnet John Gerring (2004) "an instance of substantial and relatively quick change in an independent or dependent variable of theoretical interest" (S.351). Die Untersuchung dieses „Case“ ist nicht nur aufgrund seiner hohen Aktualität relevant, sondern auch, weil der von Russland geführte Krieg in der Ukraine ein „critical event“ in den außenpolitischen Beziehungen zwischen Ost und West darstellt. Die Theorie des Neorealismus nach Waltz und des staatszentrierten Konstruktivismus nach Wendt wurden in der vorliegenden Arbeit als theoretischer Analyserahmen ausgewählt, da beide

Ansätze auf der gleichen Grundprämisse aufbauen, im weiteren Verlauf der Theorieentwicklung jedoch verschiedene Konsequenzen daraus ziehen. Da beide Denkansätze zu den „großen“ Theorien der Internationalen Beziehungen gehören, bietet es sich zusätzlich an, ihre Erklärungskraft und Zeitgemäßheit an einem aktuellen internationalen Konflikt zu testen.

Für die Beantwortung der Forschungsfrage wurde sich bewusst für die qualitative Analyse eines Einzelfalles entschieden. Grundsätzlich lassen sich zwei Funktionen von Einzelfallstudien unterscheiden. Zum einen werden sie zur Überprüfung, aber auch zur Weiterentwicklung von Theorien herangezogen. Das Ziel dieser Arbeit soll ein Theorietest anhand des empirischen Falles sein. Dazu werden die aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen auf ihre Gültigkeit überprüft (Stykwow, 2009, S.165). Obwohl die Kritik „qualitative Fallstudien wären nur ein schlechter Ersatz für quantitative Analysen“ nicht gänzlich abgewiesen werden kann, so bietet diese Vorgehensweise doch einige Vorteile, die für die Untersuchung des empirischen Falles von Nutzen sind. Durch die „detaillierte, umfassende und kontextsensitive Untersuchungen“ kann die „Oberflächlichkeit statistischer Verfahren“ umgangen werden (Stykwow, 2009, S.164; S.167). Darüber hinaus ermöglicht die Einzelfallstudie eine „präzise Beschreibung und Interpretation von sozialen und politischen Phänomenen“, wodurch wesentliche Elemente einer politikwissenschaftlichen Fragestellung besser herausgearbeitet werden können (Stykwow, 2009, S.164).

3. Theorien und theoretische Erwartungen

In diesem Kapitel werden zunächst die für den empirischen Fall relevanten Theorien aufgearbeitet. Im Anschluss werden die aus den Denkansätzen herausgearbeiteten theoretischen Erwartungen dargelegt und ausführlich erläutert.

3.1 Theorien

Um in der vorliegenden Arbeit das Verhalten Russlands im Ukrainekrieg zu erklären, werden der Neorealismus und der Konstruktivismus als zwei der „großen“ Theorien der Internationalen Beziehungen verwendet. Die beiden Theorien gehen von der Grundannahme aus, dass es im internationalen System kein übergeordnetes Gewaltmonopol gibt und somit Anarchie vorherrscht. Aus dieser Prämisse entwickeln die Theorien jedoch verschiedene Konsequenzen für das internationale System. Im Folgenden stehen die Ausführungen von Kenneth Waltz und seine neorealistischen Annahmen im Vordergrund. Der Konstruktivismus fundiert auf dem

Theorieverständnis nach Alexander Wendt. Für eine differenzierte Darstellung erfolgt die Aufarbeitung der Theorien in Anlehnung an die Vorgehensweise von Frank Schimmelfennig (2015, S.50).

3.1.1 Neorealismus

Der Neorealismus prägte wie keine andere Theorie das Forschungsgebiet der Internationalen Beziehungen. Er entwickelte sich aus dem Realismus, welcher nach den beiden Weltkriegen bis zu den 1970er Jahren den vorherrschenden Denkansatz darstellte. Mit seinem Werk "Theory of International Politics" gilt Kenneth N. Waltz (1979) als Begründer des Neorealismus und entwickelte die realistische Theorie weiter. Waltz versuchte, im Gegensatz zu Vertretern des Realismus, Konflikte zwischen Staaten nicht mehr anthropologisch und mit dem menschlichen Machttrieb zu begründen, sondern stellte strukturell bedingte Faktoren im internationalen System, als Ursache von Auseinandersetzungen in den Mittelpunkt (Ditzel & Hoegerle, 2011, S.15).

Geprägt vom Ost-West-Konflikt konzentrierte sich der Neorealismus nicht nur auf die Entstehung von Konflikten, sondern versuchte auch, friedliche Perioden im internationalen System zu erklären. Das ursprüngliche Anliegen des neorealistischen Denkansatzes war die Erklärung folgender Fragestellungen: Warum erwies sich der Kalte Krieg trotz seines Rüstungswettlaufs als eine Phase relativer Stabilität im internationalen Raum, ohne direkte militärische Konfrontationen? Warum ist es den USA nicht gelungen ihre Vormachtstellung angesichts der Weltwirtschaftskrise, des wirtschaftlichen Aufstiegs anderer Nationen und des Verlusts ihrer Hegemonie aufrechtzuerhalten? (Schörnig, 2010, S.65f).

Akteure im internationalen System

Im Neorealismus stellen Staaten die zentralen Akteure im internationalen System dar. Sie treten geschlossen und einheitlich als sogenannte *unitary actors* nach außen auf. Das in den Staaten vorherrschenden politische System oder innerstaatlichen Dynamiken werden vom Neorealismus ignoriert, da sie nicht relevant für die Analyseebene der Theorie sind. Die innenpolitischen Prozesse liegen in einer „black box“ in die man nicht hineinsehen muss und kann. Somit sind laut dieser Annahme alle Staaten gleichartig im internationalen System. Aus der neorealistischen Theorie lassen sich folglich drei Kernannahmen formulieren, welche für alle Staaten die gleiche Gültigkeit besitzen. Im Vordergrund aller staatlichen Handlungen steht das Überleben. Dies bedeutet dabei nicht alleinig die Existenz sicherzustellen, sondern auch

autonome und souveräne Macht über das eigene Herrschaftsgebiet zu bewahren. Eine weitere Annahme ist, dass Staaten im Wesentlichen egoistisch agieren und nur an der eigenen Nutzenmaximierung interessiert sind (Schörnig, 2010, S.72f.; Schimmelfennig, 2015, S.67f.). Die dritte Annahme besagt, dass Staaten aufgrund der Abwesenheit einer Weltpolizei in einem Zustand der Unsicherheit existieren und deshalb nach Machtgewinn streben. Dabei stehen ihnen eine Reihe von Machtmitteln zur Verteidigung und Zwangsausübung zur Verfügung. Die jeweilige Ausstattung an solchen Machtressourcen variiert zwischen den Staaten im internationalen System. Der Neorealismus leugnet nicht den Einfluss anderer Akteure wie internationaler Organisationen und Unternehmen in der Realität. Die theoretische Perspektive misst ihnen jedoch keine Bedeutung für die Untersuchung internationaler Prozesse bei (Schörnig, 2010, S.72).

Strukturen und Systemwirkung

Die vorherrschende Ordnung im internationalen System ist anarchisch geprägt. Es existiert also keine übergeordnete Macht, welche die Einhaltung der Regeln überwacht und die Akteure bei Verstößen sanktioniert. Die Folge dieser Strukturannahme ist, dass die Staaten selbst für ihre Sicherheit sorgen müssen, da sie sich nicht auf den Schutz einer übergeordneten Sanktionsinstanz verlassen können.

“States continue to coexist in an anarchic order. Self-help is the principle of action in such an order, and the most important way in which states must help themselves is by providing for their own security” (Waltz, 1988, S. 624).

Die Akteure entwickeln dadurch ein Gefühl von ständiger Unsicherheit, was zur Konsequenz hat, dass Staaten versuchen Machtmittel anzuhäufen. Denn nur der Staat, welcher über genügend Machtressourcen verfügt, kann Angriffe verhindern oder sich verteidigen, um die eigene Souveränität zu bewahren. Der Begriff „Macht“ bezieht sich im Neorealismus überwiegend auf Militärressourcen und wird stets als relativ betrachtet. Staaten gelten als mächtig, wenn ihre Macht die der anderen Akteure übersteigt, da im internationalen System nicht die absolute Anzahl an militärischen Machtmitteln ausschlaggebend ist, sondern die Militärressourcen im Vergleich mit anderen Staaten (Schimmelfennig, 2015, S.70f.).

Im internationalen System liegt keine Arbeitsteilung zwischen den Staaten vor. Dies resultiert in einem System der Selbsthilfe, bei dem “the international imperative [...] take care of yourself” (Waltz, 1979, S.107) für alle Staaten gleichermaßen gilt. Für Waltz sind aufgrund der Systemstruktur drei Machtkonstellationen möglich: die Verteilung der Macht im internationalen

System kann unipolar sein (die Macht konzentriert sich fast ausschließlich auf einen Hegemonen), sie kann bipolar sein (es stehen sich zwei gleichmächtige Staaten gegenüber) oder sie ist unipolar (es gibt mehr als zwei mächtige Staaten). Welche Auswirkungen diese Systemstruktur auf die handelnden Akteure hat, wird im Folgenden erläutert (Schimmelfennig, 2015, S.75f.).

Internationale Systemprozesse

Die im internationalen System herrschenden anarchischen Strukturen führen dazu, dass Staaten, um ihre Existenz zu sichern, Macht anhäufen müssen. Durch den daraus entstehenden Wettlauf um Machtakkumulation entwickelt sich ein Prozess der dauerhaften Machtkonkurrenz (Schimmelfennig, 2015, S.78). Da sich Staaten nur sicher fühlen können, wenn ein Machtgleichgewicht vorliegt, gilt es ein Ungleichgewicht der Machtverteilung mit allen Mitteln zu vermeiden, da bei Überlegenheit anderer Akteure das eigene Überleben nicht mehr gesichert ist. (Schörnig, 2010, S.75). Staaten sind aufgrund des anarchischen Systems gezwungen, sich mit anderen Staaten zu vergleichen. Versucht ein Staat Macht anzuhäufen, um sich einen Vorsprung an Machtressourcen vor anderen Akteuren im internationalen System zu sichern, stellt dieser für andere Staaten eine potenzielle Bedrohung dar (Schimmelfennig, 2015, S.66). Um dem entgegenzuwirken, können Staaten selbst eigene militärische Mittel anhäufen oder durch Bildung von Allianzen ein Machtgleichgewicht herstellen. Die neorealistische Theorie bezeichnet solche Prozesse als „Balancing“ (Schörnig, 2010, S.75).

3.1.2 Konstruktivismus

Der Konstruktivismus entwickelte sich in den 1990er Jahren als alternativer Erklärungsansatz zu den beiden anderen „großen“ Theorien der Internationalen Beziehungen, dem Neorealismus und dem Institutionalismus. Der Konstruktivismus bietet im Gegensatz zu den bisher dominanten Theorien eine Erklärung für das friedliche Ende des Kalten Krieges. In der Theorie werden Interessen und Identitäten nicht mehr als von außen gegeben betrachtet, sondern als wandelbar angesehen. Der Konstruktivismus hat sich gerade aufgrund seiner neu gewählten Perspektive, dass sich Identitäten und Interessen in Interaktion mit anderen Staaten verändern können, als hilfreich für das Verständnis des Friedens nach dem Ost-West-Konflikt erwiesen (Friedrich et al., 2011, S.34).

Akteure im internationalen System

Für den staatszentrierten Konstruktivismus nach Alexander Wendt sind, wie im Neorealismus, Staaten die wesentlichen Akteure im Internationalen System. Sie treten nach außen geschlossen als Einheit auf, handeln aber entgegen der neorealistischen Annahme nicht egoistisch und zweckrational, sondern nach der „Logik der Angemessenheit“ (Schimmelfennig, 2015, S.162). Hierbei ist für die Akteure entscheidend, dass sie nach den „geltenden sozialen Normen, den institutionellen Regeln und den kulturellen Werten ihrer Gemeinschaft“ (ebd.,2015, S.162) handeln. Genauer erläutert bedeutet das, dass die handelnden Akteure nicht primär an der eigenen Nutzenmaximierung interessiert sind, sondern versuchen ihre normativen Verpflichtungen zu erfüllen. Staaten orientieren sich dabei an den Werten und Normen ihrer internationalen Gemeinschaft und handeln danach, selbst wenn damit Kosten einhergehen oder ein Nachteil, für das eigene wirtschaftliche Interesse besteht (Schimmelfennig, 2015, S.163).

Strukturen und Systemwirkung

Wie der Neorealismus ist auch der konstruktivistische Ansatz eine systemische Theorie. Im Gegensatz zu subsystemischen Denkansätzen, wie dem Liberalismus, sind es die im internationalen System gegebenen Strukturen, die das Handeln der Staaten und ihre Interaktionen mit anderen Akteuren beeinflussen. Der Konstruktivismus schreibt intersubjektiven, ideellen Strukturen neben materiellen Strukturen eine bedeutende Rolle zu (Schimmelfennig, 2015, S.164). Mit intersubjektiven Strukturen werden zum einen Ideen und zum anderen die Identität bezeichnet. Ideen umfassen dabei das Wissen über Kausalzusammenhänge, Vorstellungen über den eigenen politischen Wertekatalog als handelnder Akteur, sowie Normen, die als Richtschnur für angemessenes Verhalten dienen.

Die Identität hingegen bestimmt, wer wir sind und wie wir uns definieren. Die Identität gibt vor, wer zu der eigenen Gruppe (in-group) und wer zur out-group gehört und ausgegrenzt wird. Mit ihrer Identität, die auf geteilten Ideen und gemeinsamen Werten beruht, grenzt sich die Gruppe von anderen ab, die andere Überzeugungen und Werte vertreten. Unter Kultur wird im Konstruktivismus dann die Gesamtheit der geteilten Ideen einer Gruppe verstanden. Die Identität der Mitglieder definiert sich durch gemeinsame Werte, Überzeugungen und Normen (Schimmelfennig, 2015, S. 167). Daraus folgt nach Schimmelfennig (2015): „Das Sein bestimmt das Bewusstsein!“ (S. 167). Ideen beeinflussen das Verhalten von internationalen Akteuren im internationalen Raum stärker als materielle Strukturen und sind daher von größerer Bedeutung für die Struktur des Systems (Schimmelfennig, 2015, S.165f.). Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe beeinflusst unsere Wahrnehmung und wie wir unsere Umwelt einordnen und

interpretieren. Aus konstruktivistischer Sichtweise stellen Akteure, die aufrüsten oder über mehr militärische Ressourcen verfügen, keine Bedrohung für Staaten dar, wenn sie zur gleichen internationalen Gruppe gehören (Schimmelfennig 2015, S.168).

Im Gegensatz zum Neorealismus ergibt sich hier aus der anarchischen Ordnung nicht notwendigerweise ein Selbsthilfesystem der Staaten. Folgt man dem konstruktivistischen Denkansatz, so kann man nicht von der internationalen Struktur auf das Handeln der Staaten schließen, denn es gilt "Anarchy is what states make of it" (Wendt, 1992). Es liegt im Wesentlichen also an den Staaten selbst, wie sie mit der Anarchie umgehen. Im internationalen System lassen sich zwei verschiedene Ausprägungen intersubjektiver Strukturen erkennen. Die internationale Politik kann einerseits auf einer gemeinsamen Kultur basieren. Hierbei kann die Entstehung der anarchischen Strukturen abgewendet werden, da sich die Akteure aufgrund der geteilten Werte vertrauen. Stehen sich jedoch verschiedene Kulturen konfrontativ im internationalen System gegenüber, verschärfen sich die Probleme der Anarchie (Schimmelfennig, 2015, S. 168). Wendt unterscheidet drei verschiedene Strukturen, die im internationalen System zwischen den Akteuren, je nachdem, welches Bild sie voneinander haben, auftreten können. Für ihn existieren Hobbes'sche, Locke'sche und Kantianische Strukturen. Die drei Strukturen sind dabei von den unterschiedlichen Kulturen der Anarchie abgeleitet. Dabei steht im Vordergrund, wie sich Staaten gegenseitig wahrnehmen und welche Konsequenzen daraus für das internationale System und das außenpolitische Verhalten der Staaten geschlossen werden können (Ulbert, 2015, S.439).

Internationale Systemprozesse

Je nachdem, wie sich Staaten auf der internationalen Ebene wahrnehmen und welches Rollenverständnis sie leitet, werden verschiedenen Arten von Strukturen realisiert. Es bildet sich eine Kantianische Struktur heraus, wenn Staaten aufeinandertreffen, die gemeinsame Werte, Normen und Überzeugungen teilen. Das Rollenverständnis der Akteure ist in dieser Struktur von gegenseitigem Vertrauen und Unterstützung geprägt. Sie nehmen sich somit nicht als Bedrohung, sondern als Freunde wahr. Aufgrund dieser Voraussetzungen entwickeln sich die Probleme der Anarchie im internationalen System erst gar nicht. Interagieren jedoch Staaten miteinander, die keine oder sogar gegensätzliche Ansichten und Werte vertreten, nehmen sie sich als Feinde wahr. Diese Staaten handeln in der Hobbes'sche Struktur und misstrauen einander. Dies führt dazu, dass die anarchische Ordnung verstärkt wird. Die Locke'sche Struktur ist nach Wendt eine Zwischenform, bei der sich Staaten gegenseitig als Rivalen verstehen (Ulbert, 2015, S. 440f.).

3.2 Theoretische Erwartungen

Im Folgenden werden die aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen aufgeführt und näher erläutert. Zunächst werden die Hypothesen allgemein formuliert und im weiteren Verlauf genauer erklärt, wobei auf deren Bedeutung im Kontext des Ukrainekrieges eingegangen wird. Darüber hinaus werden die Untersuchungskriterien aufgezeigt, anhand derer die theoretischen Erwartungen überprüft werden. Die Überprüfung des empirischen Falles erfolgt im darauffolgenden Abschnitt.

Es wird mit einer Hypothese, welche sowohl auf den Neorealismus als auch auf den Konstruktivismus zutrifft, begonnen. Da diese theoretische Erwartung eine zentrale Grundlage beider Theorien bildet, wird sie im Vorfeld vorgestellt und hinsichtlich des empirischen Falles analysiert.

1. Staaten sind die wesentlichen Akteure im internationalen System und handeln als geschlossene Einheit

Nach den Annahmen der neorealistischen Theorie nach Waltz und des staatszentrierten Konstruktivismus nach Wendt, wäre im Kontext des Ukrainekrieges zu erwarten, dass die wesentlichen Akteure, also die kriegsbeteiligten Staaten, einheitlich und nach außen hin geschlossen handeln. Dies bedeutet für den vorliegenden Fall, dass Regierungsvertreter als Repräsentanten der handelnden Akteure im internationalen System an entscheidenden Krisensitzungen teilgenommen haben und internationale Organisationen sowie Unternehmen außen vor geblieben sind. Darüber hinaus sollen die am unmittelbaren Kriegsgeschehen teilnehmenden Akteure untersucht werden. Um diese Hypothese überprüfen zu können, werden die wichtigsten internationalen Krisengipfel seit der Annexion der Krim bis nach dem russischen Angriff auf die Ukraine analysiert und einen Blick auf die kriegsteilnehmenden Parteien geworfen. Beide Theorien würden erwarten, dass an der Konfliktaustragung und an den Konferenzen ausschließlich Regierungsbeteiligte oder Regierungsvertreter teilgenommen haben und der Zivilbevölkerung die Teilnahme gänzlich verwehrt bleibt.

3.2.1 Neorealismus-Russlands Machtpolitik

2. Staaten sind egoistische Nutzenmaximierer die nur nach eigenen Interessen handeln

Im Kontext des Ukrainekrieges wäre nach der Hypothese zu erwarten, dass Russland durch die Annexion der Krim und den Krieg Vorteile gewonnen hätte. Als vorteilhaft wird im vorliegenden Fall ein Zugewinn an wirtschaftlich bedeutsamen Ressourcen gewertet. Darüber hinaus wird die strategische Bedeutung der Ukraine für Russland analysiert und interpretiert. Um die Erwartungen zu überprüfen, wird ein Blick auf den Zugewinn Russlands an Ressourcen wie Nahrungsmittel sowie Öl- und Gasreserven geworfen. Des Weiteren wird die geographische Lage der Ukraine hinsichtlich ihrer strategischen Bedeutung für russisches Militär und Handel untersucht. Laut der Theorie wäre zu erwarten, dass sowohl die Annexion als auch der Krieg für Russland vorteilhaft, sowie strategisch und wirtschaftlich gewinnbringend sind.

3. Wenn Akteure ihre Sicherheit im internationalen System als bedroht ansehen, handeln sie aggressiv

Bezogen auf den Krieg in der Ukraine würde diese Hypothese vermuten lassen, dass Russland seine eigene Sicherheitsposition im internationalen System als gefährdet ansieht. In der vorliegenden Arbeit werden aggressive Handlungen als Teilnahme oder Unterstützung von Kampfhandlung definiert. Russland könnte seine Existenz durch die NATO-Osterweiterung, die Westannäherung der Ukraine und das damit einhergehende verstärkte Machtungleichgewicht bedroht sehen. Um diese Hypothese zu überprüfen, wird analysiert, inwieweit sich die Ukraine zu einer sicherheitspolitischen Kooperation mit der NATO und der EU bereit erklärte. In diesem Zusammenhang soll der Untersuchungszeitraum bis vor November 2013 ausgeweitet werden, um genauer einschätzen zu können, durch welches Verhalten des Westens sich Russland in seiner Sicherheit bedroht fühlte. Von Interesse ist hierbei, ob die Annäherungsversuche der Ukraine an den Westen und die Unterstützung der Ukraine durch den Westen, wie in der Theorie angenommen, zu der militärischen Offensive im Februar 2022 geführt haben. Um diese These zu untersuchen, werden Aussagen russischer Militär- und Regierungsvertreter hinsichtlich der Frage, inwiefern der Westen eine Bedrohung darstellt, analysiert. Da eine Bedrohungslage im Neorealismus durch ein wahrgenommenes Mächteungleichgewicht entsteht, wird zudem untersucht, inwiefern Russland sogenanntes „Balancing“ betreibt. Als „Balancing“ wird unter anderem das Eingehen von Allianzen mit

anderen Akteuren verstanden. In diesem Zusammenhang soll untersucht werden, ob und in welchem Maße Russland mit anderen Akteuren kooperiert und mit ihnen Allianzen bildet.

3.2.2 Konstruktivismus-Russlands Identität

4. Wenn Staaten verschiedene Werte vertreten, sind sie sich im internationalen System feindlich gestimmt

Die aufgestellte Hypothese untersucht den Einfluss von Werten und Normen auf die Außenpolitik von Staaten im Kontext des Ukrainekrieges. Aus der Perspektive des Konstruktivismus ist die militärische Stärke der Akteure nicht ausschlaggebend für die Art und Weise, wie sie miteinander interagieren und sich im internationalen System verhalten. Entscheidend ist vielmehr die gegenseitige Wahrnehmung der Akteure und die Frage, ob die interagierenden Staaten dieselben Werte und Kultur teilen. Im vorliegenden Fall würde man aus konstruktivistischer Sicht davon ausgehen, dass die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine feindselig sind. Sobald sich Staaten nicht mehr als Freunde wahrnehmen und nicht mehr genügend Werte und Normen teilen, um noch derselben internationalen Gemeinschaft anzugehören, sind ihre außenpolitischen Beziehungen von einer Hobbes'sche Kultur geprägt. Dies äußert sich unter anderem in der Einschränkung oder dem Abbruch von Handelsbeziehungen, der Sanktionierung von Staaten und der teilweise militärischen Austragung von Konflikten, da diese nun als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen werden. Gegenstand der Untersuchung ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Russland und der Ukraine im Zeitraum vor November 2013 bis nach dem Beginn der russischen Militäroffensive im Jahr 2022. Zur Analyse, inwieweit sich die geteilten Werte und die gegenseitige Wahrnehmung im oben genannten Zeitraum verändert haben, werden die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen und die Aussagen russischer Vertreter zum Verhältnis der beiden Staaten näher betrachtet. Darüber hinaus wird ein Blick auf die Konfliktlösungsstrategien der Akteure geworfen.

5. Staaten sind anderen Akteuren, mit denen sie kulturell verbunden sind, freundlich gestimmt

Folgt man dieser aus dem Konstruktivismus abgeleiteten Hypothese, so kann davon ausgegangen werden, dass die Ukraine für Russland von großer historischer Bedeutung ist und dass sich Russland mit der Ukraine aufgrund gemeinsamer Werte und einer kulturellen Nähe eng verbunden fühlt. Wenn Staaten andere Akteure als „Freunde“ betrachten, werden diese im internationalen System in die internationale Gemeinschaft eingebunden und gegen Akteure

verteidigt, die keine Gemeinsamkeiten in Kultur und Überzeugungen aufweisen. Die Hypothese wird den empirischen Fall dahingegen untersuchen, inwiefern Russland die Annexion der Krim und die Militäroffensive 2022 als Schutz der kulturell verwandten Bevölkerung betrachtet. Dazu wird zunächst die historische Bedeutung der Ukraine für Russland näher beleuchtet. Anschließend wird analysiert, inwiefern Russland die Annexion sowie den Krieg als Schutz der dort lebenden Bevölkerung vor Akteuren mit anderen Werten und Überzeugungen rechtfertigt. Dazu werden Aussagen russischer Militär- und Regierungsvertreter ausgewertet.

4. Der Case -Von der Annexion der Krim bis zum Krieg

Um ein besseres Verständnis für den empirischen Fall zu entwickeln, wird im folgenden Kapitel zunächst die Entstehung und der Verlauf des Ukraine Konflikts näher beleuchtet. Im nächsten Schritt werden die aus den Theorien herausgearbeiteten Hypothesen in den Kontext eingebettet und empirisch überprüft.

4.1 Entstehung und Verlauf

Nachdem das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine 2011 zunächst gescheitert war, wurde 2013 ein erneuter Anlauf zur Unterzeichnung unternommen. Das Abkommen verfolgte das Ziel, die Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine zu verstärken und eine Freihandelszone zu schaffen. Des Weiteren sah der Vertrag eine schrittweise politische Annäherung der Ukraine an die EU vor. Der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch weigerte sich aufgrund des von Russland ausgeübten Drucks, den Vertrag zu unterzeichnen, woraufhin landesweite Unruhen ausbrachen. Die darauffolgenden Tage waren geprägt von weiteren Protesten gegen Janukowitschs Entscheidung. Die Ukrainer demonstrierten unter anderem für eine Fortsetzung einer proeuropäischen Politik der Regierung, das Ende der Korruption und eine unabhängige Justiz (Tagesschau, 2014). Die anhaltenden und sich verschärfenden Proteste auf dem Kiewer Maidan forderten im Januar und Februar 2014 mehr als hundert Todesopfer. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, versuchten polnische, französische und deutsche Vertreter mit Janukowitsch und der Opposition einen Kompromiss auszuhandeln, welcher jedoch von der breiten Masse der Protestbewegung abgelehnt wurde. Janukowitsch floh daraufhin nach Russland und wurde vom ukrainischen Parlament seines Amtes enthoben. Kurz darauf wurden Neuwahlen für das Amt des Präsidenten angesetzt (ZDF, 2022).

Nach dem Ende Februar 2014 die Krim-Hauptstadt Simferopol von prorussischen Milizen besetzt wurden und die Flughäfen auf der Halbinsel unter ihre Kontrolle gerieten, warf Kiew dem Kreml eine versuchte Invasion vor. In einem umstrittenen Referendum stimmten mehr als 95 Prozent, der auf der Halbinsel Krim lebenden Menschen, die wählen gegangen sind, für eine Abspaltung von der Ukraine und einen Anschluss an Russland. Wenige Tage später erkannte auch der Kreml den Beitritt der Krim zum russischen Staatsgebiet an. Das Vorgehen Russlands wurde insbesondere von der westlichen Staatengemeinschaft verurteilt und mit Sanktionen und Einreiseverboten beantwortet, woraufhin Russland mit gleichen Maßnahmen auf den Westen reagierte (Lpb, 2023).

Anfang April okkupierten prorussische Separatisten mehrere Verwaltungsgebäude und riefen in der Donezk Region eine „unabhängige Volksrepublik“ aus. Kiew schickte daraufhin Truppen und Freiwilligenkorps, um in einer Antiterroroperation die Sicherheit im Osten wiederherzustellen. Im Mai stimmten die Bürger der beiden Regionen Donezk und Luhansk erneut für ihre Unabhängigkeit von der Ukraine. Mit der Wahl des prowestlichen Poroschenko als Präsident, hofften viele Ukrainer auf neue Friedensverhandlungen. Als Ziel seiner Amtszeit gab er unter anderem die EU-Mitgliedschaft an und unterzeichnete am 27. Juni 2014 das von Janukowitsch abgelehnte Assoziierungsabkommen. Dies führte erneut zu Spannungen mit der russischen Regierung, welche das Freihandelsabkommen zwischen den Ländern aufkündigte (Rietzschel & Munzinger, 2015). Mit dem Abschuss eines Passagierflugzeuges der Malaysian Airline am 17. Juli in der Ostukraine, bei dem alle Insassen ums Leben kamen, erreichte der Konflikt einen neuen Höhepunkt. Die ukrainische Regierung und die prorussischen Separatisten gaben sich gegenseitig die Schuld für den Absturz (ZDF, 2022). Im September 2014 wurde das erste Minsker Abkommen von russischen, ukrainischen und Vertretern der OSZE verabschiedet und eine sofortige Waffenruhe vereinbart, die jedoch nur kurz anhielt. Ein zweiter Deeskalationsversuch, der einen erneuten Waffenstillstand, die Einhaltung des ersten Minsker Abkommens und einen Sonderstatus für die von Separatisten besetzten Gebiete in der Ostukraine vorsah, scheiterte ebenfalls. Im Mai 2019 wurde Wolodymyr Selenskyj als neuer Präsident der Ukraine gewählt. Obwohl immer wieder Waffenruhen vereinbart wurden, hielten die Kämpfe zwischen der Regierung und prorussischen Separatisten weiter an. Im April 2021 erreichte die Krise die nächste Eskalationsstufe, indem Putin Truppen an den Grenzen der Ukraine zusammenzog und in den darauffolgenden Monaten Militärmanöver mit Belarus begann. Als Putin am 24. Februar 2022 den Einsatz russischer Truppen in der Ostukraine befahl und einen Angriff auf ukrainisches Territorium einleitete, schien der Höhepunkt der Eskalation der Lage erreicht (Lpb, 2023; Kramliczek 2022).

Seit dem Einmarsch Russlands sind Millionen Menschen auf der Flucht. Im April 2022 ereignete sich ein Massaker an Zivilisten in Butsch, welche das grausame Vorgehen der russischen Truppen in der Ukraine verdeutlicht. Im September desselben Jahres werden in den von Russland besetzten Gebieten Referenden über den Beitritt zu Russland abgehalten. Nachdem auch ukrainische Truppen Erfolge verzeichnet hatten, mobilisierte Putin weitere Truppen. Ein Jahr nach dem Beginn der Invasion beschlossen westliche Verbündete Waffenlieferungen in die Ukraine zu erlauben. Daraufhin drohte Putin den Atomwaffen-Kontrollvertrag mit den USA aufzukündigen. Im Verlauf des Jahres nahmen die Gefechte in der umkämpften Stadt Bachmut ab und neigen sich im Mai dem Ende zu (Mdr Aktuell, 2023).

4.2 Empirische Überprüfung der Erwartungen

In diesem Abschnitt werden nun die im Rahmen des Neorealismus und Konstruktivismus herausgearbeiteten Annahmen auf den Krieg in der Ukraine angewendet und auf ihre Erklärungskraft für das russische Vorgehen geprüft.

1. Staaten sind die wesentlichen Akteure im internationalen System und handeln als geschlossene Einheit

Im Untersuchungszeitraum der Ukraine Krise von November 2013 bis Mai 2023 lässt sich feststellen, dass neben dem russischen und ukrainischen Militär unter anderem auch die Söldnergruppe Wagner Einfluss auf das Kriegsgeschehen nahm. Die Kategorisierung der Wagnergruppe als privater, nichtstaatlicher Akteur ist umstritten. Im Folgenden möchte ich jedoch argumentieren, dass die Söldnergruppe eine strukturelle Transformation durchlief, die dazu führte, dass sie ihren privaten Status erst im Verlauf des Konfliktgeschehens weitgehend verlor, jedoch anfänglich als nichtstaatlicher Akteur am Konflikt teilnahm.

Die Gruppe Wagner kam bereits im Jahr 2014 bei der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland zum Einsatz und unterstützte prorussische Separatisten im Osten der Ukraine (BBC, 2022; Kim, 2022). Die Wagnergruppe war vordergründig eine private Organisation, stand aber unter dem Einfluss des russischen Staates und vertrat die außenpolitischen Interessen Russlands (Stanyard et al., 2023, S.21). Zu diesem Zeitpunkt war die Gruppe jedoch weder mit der Armee verbunden noch unterstand ihr Anführer Prigoschin der russischen Regierung, die ebenfalls jegliche Zusammenarbeit mit der Gruppe bestritt (Nienhuysen, 2023). Auch die USA brachte die Wagnergruppe mit den Aktivitäten des russischen Militärs auf der Krim in Verbindung und verhängten im Jahr 2017 Sanktionen gegen die damals noch als private Militärorganisation

eingestufte Gruppe (U.S. Department of the Treasury, 2017). Im Verlauf des Konflikts und mit dem Beginn der russischen Militäroffensive 2022 wurde die Söldnergruppe jedoch immer mehr in die Strukturen des russischen Militärs eingegliedert und wandelte sich zu einer öffentlichen Präsenz im russischen Militär. Während selbst Prigoschin im Juni 2022 seine Zugehörigkeit zur Wagnergruppe leugnete, kursierten bereits im September Videos im Netz, worauf zu sehen war, wie die Gruppe unter Prigoschins Führung Kämpfer in russischen Gefängnissen rekrutierte. Bereits ein paar Monate später wurde die Wagnergruppe in St. Petersburg offiziell registriert (Stanyard et al., 2023, S.8-25). Den Söldnern werden schwere Menschenrechtsverletzungen sowie Beteiligung am Massaker von Butscha vorgeworfen. Außerdem waren sie nach Kriegsbeginn maßgeblich an der Einnahme der ostukrainischen Stadt Bachmut beteiligt (BBC, 2022). Um die eroberte Stadt zu halten, forderte Prigoschin in einer offiziellen Videobotschaft Vertreter der russischen Regierung zu Munitionslieferungen auf. Zwar kam es zu Auseinandersetzungen der Führungselite der Wagnergruppe mit der russischen Regierung, jedoch ist die Abhängigkeit der beiden Akteure zueinander deutlich zu erkennen (Eydlin, 2023). Betrachtet man den Konfliktverlauf und die Wagnergruppe als kriegsteilnehmende Partei, so lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Zu Beginn der Kampfhandlungen nach der Annexion der Krim 2014 agierte die Wagner-Gruppe weitgehend verdeckt und es wurden jegliche Verbindungen zum russischen Staat von beiden Seiten bestritten. Mit der offiziellen Registrierung der Gruppe und der vom Anführer Prigoschin öffentlich verkündeten Forderungen an die russische Regierung verdeutlicht sich die schrittweise Eingliederung der Gruppe in die russischen Militärstrukturen.

Wirft man im Untersuchungszeitraum ebenfalls einen Blick auf bedeutende Krisentreffen und Verhandlungen, bei denen die Ukraine und Russland als handelnde Akteure beteiligt waren, so lässt sich der betrachtete Zeitraum ebenfalls in eine Phase vor und eine Phase nach dem Ausbruch des Krieges unterteilen. Vor der russischen Invasion wurden drei bedeutsame Krisengipfel abgehalten: der Vermittlungsversuch am 21. Februar 2014, das erste Minsker Treffen am 5. September 2014 und das zweite Minsker Treffen am 12. Februar 2015. Beim ersten Krisentreffen verhandelte der damalige Präsident der Ukraine Janukowitsch unter der Vermittlung polnischer, französischer und deutscher Abgesandten mit Vertretern der Opposition. Das Ziel der Verhandlungen sollte eine Kompromisslösung zur Beendigung der Unruhen auf dem Maidan sein (Weisflog & Mijnsen 2022). Das erste Treffen in Minsk am 5. September 2014 wurde mit Vertretern der Ukraine, Russlands und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie mit prorussischen Separatistenführern abgehalten. Bei den Gesprächen wurde ein Zwölf-Punkte-Beschluss erarbeitet. Dieser enthielt

Plänen zur Umsetzung eines Waffenstillstands in der Ostukraine und zur Friedenssicherung (Welt, 2014).

Nachdem die beschlossenen Vereinbarungen von den Vertragsparteien nicht erfolgreich umgesetzt wurden, kam es am 12. Februar 2015 zu einem weiteren Treffen in Minsk. Die Verhandlungen wurden mit den Vertragspartnern des ersten Minsker Abkommen, den französischen Präsident François Hollande und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel geführt (Tagesschau, 2015).

Im Normandie-Format bestehend aus den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine, sowie die Trilaterale Kontaktgruppe, die von der OSZE koordiniert wird, wurde bis kurz vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine 2022 erfolglos weiterverhandelt. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat allen früheren Vereinbarungen, über die territoriale Integrität der Ukraine, die Grundlage entzogen. Die russische Regierung zeigte sich jedoch schon zu Beginn des Krieges verhandlungsbereit. Nach langem Zögern stimmte auch der ukrainische Präsident Selenskyj vier Tage nach Beginn der Invasion Verhandlungen mit Russland im belarussischen Gomel zu. Weitere Krisensitzungen zwischen Vertretern beider Länder fanden Anfang März statt. Die Außenminister Kuleba und Lawrow trafen sich am 10. März zu Gesprächen in Ankara. Am 29. März 2022 unterbreitete die Ukraine, unter türkischer Vermittlung, im Rahmen des Istanbul Kommuniqué einen Zehn-Punkte-Plan zur Wiederherstellung des Friedens, welcher erfolglos blieb. Am 17. März 2022 kündigte die Ukraine ihre Verhandlungsbereitschaft wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen durch Russland auf. Unter Vermittlung des türkischen Präsidenten Erdogan und des UN-Generalsekretärs Guterres wurden die Verhandlungen über humanitäre Fragen fortgesetzt. Dieses Format konnte auch einen Getreide-Deal am 22. Juli 2022 erzielen (Fischer, 2022, S.2ff.).

Im vorliegenden Fall kann argumentiert werden, dass sich im untersuchten Zeitraum zwei Phasen erkennen lassen. Von der Annexion der Krim bis zur russischen Militäroffensive wurde der Konflikt von nichtstaatlichen Akteuren mit beeinflusst. Sowohl bei Gefechten als auch bei wichtigen Krisengipfeln spielten neben den Staaten, nichtstaatliche Akteure eine wesentliche Rolle. Betrachtet man jedoch den Zeitraum nach der russischen Invasion 2022, fällt auf, dass nichtstaatliche Akteure weitgehend aus dem Konflikt verschwunden sind. Die Wagnergruppe wurde seit dem Beginn des russischen Einmarschs immer weiter in das russische Militär eingegliedert und kann aufgrund der oben genannten Argumente nicht mehr als nichtstaatlicher Akteur gesehen werden, sondern wird in dieser Arbeit ab der russischen Invasion 2022 dem

russischen Staat als wesentlichen Akteur untergeordnet. Hinsichtlich der Beteiligung von Regierungsvertretern an Konfliktlösungsprozessen ist zu erkennen, dass diese eine wesentliche Rolle dabei einnahmen. Bei den bedeutenden Krisentreffen vor der russischen Invasion 2022 nahmen neben den Staatsvertretern auch multilaterale Akteure und Separatistenführer an den Verhandlungen teil. So waren anfangs neben den Präsidenten und Ministern auch die multilaterale Organisation OSZE und prorussische Rebellen in die Krisensitzungen eingebunden. Im weiteren Verlauf der Krise und nach dem russischen Angriff auf die Ukraine fällt auf, dass sich die Verhandlungen nicht mehr in bedeutende Krisengipfel einordnen lassen. Vielmehr bestehen die Konfliktlösungsprozesse aus Phasen der Annäherung und Distanzierung zwischen den Staaten. Seit dem Krieg ist zu beobachten, dass nichtstaatliche Akteure gänzlich von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden und andere Staaten nur indirekt als Vermittlungsinstanz teilnehmen dürfen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der vorliegende Sachverhalt, die Grundannahme des Neorealismus und Konstruktivismus von einheitlich handelnden Staaten als wesentliche Akteure herausfordert. Aufgrund der Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren an Kampfhandlungen und an den Krisensitzungen kann die Annahme "International politics consists of like units duplicating one another's activities" (Waltz, 1979, S.97) im Kontext des Ukrainekrieges nicht ganzheitlich bestätigt werden.

2. Staaten sind egoistische Nutzenmaximierer die nur nach eigenen Interessen handeln

Mit der Annexion der Halbinsel Krim 2014 und der Besetzung ukrainischer Gebiete im Norden und Nordosten des Landes konnte Russland Landgewinne verzeichnen. Mit der Annexion der Halbinsel sicherte sich Russland nicht nur eine bessere Position bei der Kontrolle des Schwarzen Meeres. Die Annexion ermöglichte es dem Land auch, seine militärische Präsenz in der Region und in den Territorialgewässern auszuweiten (Hubbard & Gulsin, 2023). Die Krim, auf der der Großteil der Schwarzmeerflotte stationiert ist, stellte für Russland einen wichtigen militärischen Stützpunkt dar. Die russische Marine sicherte dem Land den Zugang zum Mittelmeer und trug dazu bei, Einfluss auf die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas auszuüben. Die Stationierung der russischen Marine wurde zwar bis 2042 vertraglich geregelt, könnte jedoch durch die Annäherung der Ukraine an den Westen gefährdet werden (Johannesson & Clowes, 2022, S.10). Mit dem Einmarsch der russischen Truppen im Osten der Ukraine brachte Russland einen strategisch wichtigen Hafen in Mariupol unter seine Kontrolle. Dieser ist ebenfalls mit dem Mittelmeer und der von Russland seit 2014 besetzten Krim verbunden. Experten gehen davon aus, dass insbesondere die Landverbindung zur Küste der

Krim von großer Bedeutung ist (Walter, 2022). Eine entscheidende Rolle für das russische Vorgehen im Krieg könnten laut Muggah und Dryganov (2022) neben der Besetzung strategisch wichtiger Gebiete auch der Ressourcenreichtum der Ukraine, mit einem der größten Energie-, Mineral- und Agrarvorkommen der Welt sein.

In der Ukraine befinden sich große Reserven an Titan, Eisenerz und Lithium, welche einen Wert von mehreren Billionen Dollar haben. Russland konnte seine Kontrolle über diese Gebiete bereits ausweiten. Vor allem die im Osten angesiedelten Kohlevorkommen sind mit der Besetzung der Donbassregion in russische Hand gefallen. Im Zuge der Invasion hat Russland ein Energievorkommen im Wert von 12,4 Billionen Euro erobert, darunter 63 Prozent der ukrainischen Kohlereserven. Russland verfügt selbst über zahlreiche Bodenschätze und ist in dieser Hinsicht nicht auf die Energieressourcen der Ukraine angewiesen. Sollten jedoch diese Gebiete dauerhaft in russischer Hand liegen, könnte dies schwerwiegenden Folgen für die Zukunft der ukrainischen Wirtschaft haben. Die Ukraine müsste in diesem Fall zu einem großen Teil auf Importe aus dem Ausland zurückgreifen, um die Energieversorgung aufrechtzuerhalten (Faiola & Bennett, 2022). Vor Ausbruch der Ukrainekrise war die Ukraine der größte Abnehmer von russischem Erdgas. Mit der Entdeckung von Gasfeldern im Nordwesten des Schwarzen Meeres könnte die Ukraine weitgehend unabhängig von Gasimporten aus Russland werden und mit dem Land um Gasmärkte konkurrieren. Mit der Annexion der Krim wurde die Erschließung der Gasquellen gestoppt. Infolge der Annexion der Krim und des Ukrainekrieg wird auch die Energieversorgung der EU und der NATO gefährdet. Diese Punkte brachten Russland zudem zwei außenpolitische Vorteile ein. Einerseits konnte Russland seinen Markt in der Ukraine schützen, andererseits kann es anderen Akteuren wie der EU und der NATO den Zugang zu Ressourcen verwehren (Johannesson & Clowes, 2022, S.12ff). Die Ausweitung der russischen Landeinnahmen hatte unmittelbare Konsequenzen für den Westen und der Energieversorgung. Wie Muggah und Dryganov (2022) betonten, wird durch den Krieg die Abhängigkeit des Westens von russischen Ressourcen erhöht.

Zudem erntete Russland in den besetzten Gebieten Weizen im Wert von einer Milliarde Euro und verkaufte es gewinnbringend in alle Welt weiter (ZDF, 2022a). Das gestohlene Getreide wurde zunächst auf ukrainischen Feldern geerntet und dann über die annektierte Krim über die besetzten Häfen Sewastopol und Kertsch auf russische Schiffe verladen. Um den Eindruck zu erwecken, dass ausschließlich russische Waren transportiert und verkauft werden, wurde das ukrainische Getreide mit russischem vermischt und mithilfe von Handelszertifikaten weiterverkauft (Beake & Korenyuk, 2022; Saul, 2022).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sowohl die Annexion der Krim als auch die Militäroffensive 2022 strategisch und wirtschaftlich gewinnbringend für Russland war. Dies ist unter anderem auf den Ressourcenreichtum der Ukraine und ihre geographische Lage am Schwarzen Meer zurückzuführen. Des Weiteren lässt sich in der Empirie beobachten, dass die Beschlagnahmung wichtiger Ressourcen auch machtpolitische Vorteile für Russland bringt. Russland selbst profitiert zwar von den Reserven der Ukraine, ist aber nicht von ihnen abhängig. Durch geschicktes Blockieren und Besetzen der wichtigen Energie- und Rohstoffquellen kann Russland jedoch Druck auf die Ukraine und seinen Handelspartnern ausüben und ihnen den Zugriff verwehren. Dieser taktische Schritt liegt ebenfalls im eigennützigen Interesse der russischen Führung. Die untersuchte Hypothese, dass Staaten egoistisch und nutzenmaximierend handeln, kann im vorliegenden Fall bestätigt werden.

3. Wenn Akteure ihre Sicherheit im internationalen System als bedroht ansehen, handeln sie aggressiv.

Um die Hypothese kontextuell besser einordnen und um den Fall umfassender untersuchen zu können, wird ein Blick auf Russlands Sicherheitsbedenken einige Jahre vor Beginn der Krise und im Verlauf des Konfliktes geworfen. Bereits auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 äußerte der russische Präsident Vladimir Putin scharfe Kritik an der Politik der NATO. In seiner Rede prangerte er die NATO-Osterweiterung als einen Akt der „ernsthaften Provokation, der das gegenseitige Vertrauen verringert“ an (Putin, 2007). Putin verurteilt ferner, dass die NATO im Zuge der Osterweiterung ihre Frontkräfte immer näher an russisches Staatsgebiet herantühre und damit die Zusicherungen, die Russland nach dem Fall der Berliner Mauer erhielt, nicht mehr respektiert werden (Putin, 2007). Auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest stellte sich Putin erneut gegen die Osterweiterung und bekräftigte, dass „das Entstehen eines mächtigen Militärblocks an unseren Grenzen in Russland als direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes betrachtet werden“ (Putin zitiert nach Der Spiegel, 2008). Damit reagiert der russische Präsident auf die geplanten NATO-Beitritte Georgiens und der Ukraine, welche aufgrund der von Deutschland und Frankreich geäußerten Gegenstimmen vertagt wurden. Auch eine Zusicherung der NATO, dass dies keine Bedrohung für Russland darstelle, wies Putin zurück und begründete seine Ablehnung damit, dass die nationale Sicherheit nicht auf bloßen Versprechungen aufgebaut werden könne, zumal die NATO mit ihren Erweiterungen bereits frühere Vereinbarungen gebrochen habe (Gebauer, 2008). Nach den Angaben eines russischen Journalisten warnte Putin sogar davor, dass die Ukraine im Falle eines Beitritts nur ohne die Krim und die östlichen Gebiete beitreten wird und zerfallen werde (Mearsheimer, 2022).

Auch der stellvertretende russische Außenminister Alexander Grushko äußerte sich zu den Beitrittsverhandlungen und bezeichnete diese als “huge strategic mistake which would have most serious consequences for pan-European security” (Alexander Grushko zitiert nach Mearsheimer, 2014, S.79).

Die russische Regierung hat zu diesem Zeitpunkt, wie die Aussagen der hohen Regierungsvertreter bestätigen, eindeutig kommuniziert, dass sie der Osterweiterung und der Eingliederung von strategisch wichtigen Staaten in den westlichen Verbund, nicht tatenlos zusehen würden (Mearsheimer, 2014, S.77).

Ein weiterer Konfliktpunkt in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen stellt das Vorhaben der Ukraine, sich wirtschaftlich und sicherheitspolitisch näher an die EU zu binden, dar. Dazu sollte im November 2013 ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet werden. Für die russischen Sicherheitsbedenken war eine weitere Einbindung der Ukraine in westliche Strukturen nicht akzeptabel. Aufgrund des von russischer Seite ausgeübten Drucks unterzeichnete der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch den Vertrag jedoch nicht, was folglich zu landesweiten Protesten führte. Nachdem Janukowitsch angesichts der anhaltenden Demonstrationen das Land verlassen hatte, wurde er seines Amtes enthoben und durch Neuwahlen eine prowestliche Regierung eingesetzt (Mearsheimer, 2014, S. 80f.). Für Vertreter des Neorealismus war die Annexion der Krim durch Russland nur eine logische Konsequenz auf die vorherigen Ereignisse.

“This is Geopolitics 101: great powers are always sensitive to potential threats near their home territory. After all, the United States does not tolerate distant great powers deploying military forces anywhere in the Western Hemisphere, much less on its borders. Imagine the outrage in Washington if China built an impressive military alliance and tried to include Canada and Mexico in it” (Mearsheimer, 2014, S. 82).

“The West’s triple package of policies” wie Mearsheimer (2014, S.80) die NATO-Osterweiterung, die Ausdehnung der EU und die Förderung von westlichen und demokratischen Strukturen in der Ukraine nannte, waren laut des Neorealisten die Auslöser für die russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine und erforderten nach der theoretischen Perspektive eine Gegenreaktion.

Die im Dezember 2014 von Staatschef Vladimir Putin unterzeichnete neue Militärdoktrin verdeutlicht einmal mehr, dass sich Russland in seiner Sicherheit bedroht fühlte. Putin sieht die neue Doktrin als Reaktion auf einen vom Westen provozierten Konflikt. Angesichts der

befürchteten Untergrabung des Mächtegleichgewichts durch die NATO und die USA stellten diese in der russischen Wahrnehmung fortan die größten Gefahren für den Staat dar. Das Dokument nannte dabei neben dem Ausbau der nordatlantischen Angriffskapazitäten auch die militärischen Infrastrukturen, welche bis an die russische Grenze reichen, eine Gefährdung der Sicherheit (Der Spiegel, 2014).

Obwohl die russische Regierung deutlich machte, dass sie sich durch das Vorgehen des Westens bedroht fühlte und eine weitere Annäherung der Ukraine an den Westen nicht tolerieren werde, schloss die Trump-Administration 2017 ein Handelsabkommen über die Lieferung von Abwehrwaffen an Kiew ab. Weiter NATO-Mitglieder schlossen sich an und stellten der Ukraine Waffen zur Verfügung, bildeten Truppen aus und nahmen an gemeinsamen Marine- und Luftwaffenmanövern teil. Im Juli 2021 führte das ukrainische Militär mit den USA unter dem Decknamen Operation Sea Breeze eine Marineübung im Schwarzmeerraum durch. Bei der Militärübung kam ein britisches Schiff beinahe unter russischen Beschuss, da dieses absichtlich in von Russland als Hoheitsgewässer betrachtetes Gebiet eindrang. Selbst nach diesen Vorfällen haben sich die Beziehungen der USA und der Ukraine unter der Präsidentschaft Bidens weiter intensiviert (Mearsheimer, 2022).

Das von beiden Ländern im November 2021 unterzeichnete Dokument US-Ukraine Charter Strategic Partnership betonte die partnerschaftliche Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen und ein gemeinsames Vorgehen gegen „external direct and hybrid aggression against Ukraine“ (United States Department of State, 2021). Die Vereinbarung sollte an die in der 2008 Bucharest Summit Declaration festgelegten Punkte anknüpfen. Um der USA Entschlossenheit zu signalisieren, zog Moskau seine Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen. Washington zeigte sich von dieser Entwicklung jedoch unbeeindruckt und baute seine Beziehung zur Ukraine weiter aus. Die russische Regierung reagierte mit diplomatischen Sanktionen und verlangte eine schriftliche Zusicherung, dass die Ukraine niemals Mitglied der NATO werden würde. Auch auf diese Forderungen ging die USA nicht ein (Mearsheimer, 2022). Mearsheimer (2022) argumentierte, dass die Abkommen für Russland einem De-facto-Beitritt der Ukraine zur NATO gleichkämen, was letztlich zur russischen Militäroffensive im Februar 2022 geführt habe. Putin bestätigte in seiner Fernsehansprache zum Angriff auf die Ukraine die von Mearsheimer vorgebrachten Argumente. Der russische Präsident nannte mehrfach die „Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten“ und „die Annäherung seiner militärischen Infrastruktur an die Grenzen Russlands“ als Grund für die Militäroffensive (Zeit Online, 2022). Laut Moskau erforderte diese Entwicklung sofortiges und entschlossenes Handeln, da die

Ukraine von der NATO zu einem „feindlich gesinnte[n] Anti-Russland“ gemacht wird, welches „von Streitkräften der Nato-Länder intensiv besiedelt und mit den neuesten Waffen vollgepumpt wird“ (ebd., 2022). Laut Putin stellte die Militäroffensive eine Notwendigkeit dar, welche über „Leben und Tod“ des russischen Staates entscheidet (ebd., 2022).

Wie Putins Rede zur Lage der Nation ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine zeigt, bleibt die Haltung der russischen Regierung auch im Verlauf des Krieges unverändert. Weiterhin sieht Russland die Schuld für die Eskalation bei den westlichen Staaten, welche die russischen Sicherheitsbedenken jahrelang ignorierten (Tagesschau, 2023).

Ein weiterer Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden darf, ist die Frage, ob Russland aufgrund des wahrgenommenen Mächteungleichgewicht neben seiner aggressiv geführten Außenpolitik auch sogenannte „Balancing“ Akte durchführte. Erwähnenswert wären im Kontext der Ukraine der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit China, als Versuch das Mächteverhältnis auszugleichen.

Nachdem die Annexion der Krim 2014 Spannungen zwischen Russland und dem Westen ausgelöst hatte, schloss Russland bereits im Mai desselben Jahres ein umfassendes Gasgeschäft über 400 Milliarden Dollar mit China ab. Wenige Monate später unterzeichnete die chinesische und russische Führung einen weiteren Liefervertrag, der für Russland von strategischer Bedeutung war. Der Vertrag wird von Experten als wenig lukrativ eingeschätzt, kann aber die Abhängigkeit Russlands vom Westen verringern (FAZ, 2014). Seit Beginn der Ukraine Krise suchte Russland auch den sicherheitspolitischen Schulterschluss mit China. Ein Teil der russischen Strategie sind gemeinsame Militärübungen, die 2015 auf das Mittelmeer und Japanische Meer ausgeweitet wurden. Im April 2015 schlossen die beiden Länder zudem ein Abkommen gegen Cyberspionage, welches gegenseitige Sicherheit garantieren soll und ein gemeinsames Vorgehen gegen staatsgefährdende Technologien vorsieht (Klein & Westphal, 2015). Nach der russischen Militäroffensive 2022 fokussierte sich Russland zunehmend auf die Zusammenarbeit mit China. Die Exporte nach China stiegen daraufhin um mehr als 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an (Sui, 2022). Die wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder intensivierte sich durch den Abschluss von zwei Partnerschaftsabkommen im Bereich der Energieversorgung (Der Spiegel, 2023).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die Annäherung des Westens an die Ukraine ein Mächteungleichgewicht entstanden ist, durch das sich Russland in seiner Sicherheit bedroht fühlte. In den Äußerungen und Aktionen russischer Regierungsvertreter manifestiert sich die beschriebene Vermutung, dass sich die russische Regierung aufgrund der veränderten

Bedrohungswahrnehmung zu einer aggressiv geführten Außenpolitik gezwungen fühlte, um das eigene Überleben im internationalen System zu sichern. Aus neorealistischer Sicht führten somit unter anderem diese Ereignisse zur Annexion der Ukraine und im Verlauf der Krise zu einer militärischen Offensive. Ein weiterer Schritt, den Russland unternommen hat, um die Machtbalance im internationalen System zu erhalten und um seine Existenz zu gewährleisten, bestand darin, die strategische Partnerschaft mit China auszubauen. Diese Balancingaktion umfasste dabei wirtschaftliche sowie sicherheitspolitische Bereiche. Die neorealistische Hypothese ist somit im vorliegenden Fall zutreffend.

4. Wenn Staaten verschiedene Werte vertreten, sind sie sich im internationalen System feindlich gestimmt

Im Untersuchungszeitraum ist ein Wandel in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland deutlich erkennbar. Der Sieg Janukowitschs bei den fünften Präsidentschaftswahlen löste bei der russischen Führung Erleichterung aus. Bereits vor der Wahl hatte der Kandidat signalisiert, die Beziehungen zu Russland verbessern zu wollen. Tatsächlich kam mit Janukowitsch ein Präsident an die Macht, dessen Grundausrichtung pro-russisch war und der sich auf den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zu Russland konzentrierte. Seine Partei kooperiert zudem seit 2005 mit der führenden russischen Regierungspartei und setzt sich für ein besseres Verhältnis zu Russland ein (Härtel, 2010, S. 2ff.). Eine der ersten Amtshandlungen des ukrainischen Präsidenten war die Ratifizierung der Charkiw-Verträge 2010 mit Russland, die eine Verlängerung des Pachtvertrages für die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol bis 2042 vorsahen und der Ukraine im Gegenzug Preisnachlässe für Gaslieferungen gewährte. Viele Vertreter der ukrainischen Regierung befürworteten die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder (Meister, 2010, S.2f.). Im Jahr 2013 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Ukraine deutlich und es kam zu Zahlungsrückständen für das von Gazprom gelieferte Gas. Daraufhin wurden die vereinbarten Vorauszahlungen für die Gaslieferungen ausgesetzt und der Preis reduziert. Im Herbst 2013 suchte die Ukraine verstärkt nach ausländischen Kreditgebern, um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Nachdem keine Gläubiger gefunden werden konnten, erklärte sich Russland bereit, die Ukraine zu unterstützen (Watson & Tkachenko, 2010).

Um die freundschaftlichen Beziehungen zu Russland zu unterstreichen, unterzeichneten die Regierungschefs Putin und Janukowitsch 2013 ein Abkommen über den Ankauf ukrainischer Staatsanleihen im Wert von 15 Milliarden US-Dollar und garantierten eine Senkung des Gaspreises (Götz, 2015, S.3ff.). Auf Russlands Druck hin lehnte Janukowitsch ein mit der EU

ausgehandeltes Assoziierungsabkommen ab und akzeptierte im Gegenzug das russische Zahlungsangebot in Höhe von 15 Milliarden Euro. Diese Entscheidung löste landesweite Proteste aus und Janukowitsch wurde nach seiner Flucht aus der Ukraine als Präsident abgesetzt (Mearsheimer, 2014, S.80f.). Die Ukraine wurde bis zu diesem Zeitpunkt als „Freund“ betrachtet. Man teilte gemeinsame Werte und Normen und fügte sich in dieselbe internationale Gemeinschaft ein. Beide Länder sicherten sich Vorteile in den Handelsbeziehungen und unterstützen sich gegenseitig im internationalen System. Insbesondere die Verlängerung der Nutzungsdauer des russischen Marinestützpunkts auf ukrainischem Territorium zeigte, dass die Akteure sich gegenseitig nicht als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen haben.

Für Putin kam die Absetzung des amtierenden Präsidenten jedoch einem Putschversuch gleich. Die russische Führung bezeichnete die Amtsenthebung als verfassungswidrig und die neue Regierung als illegitim eingesetzt (Allison, 2014, S.1257ff.). Zumal die neu ernannte Regierung “pro-Western and anti-Russian to the core” sei, der “four high-ranking members who could legitimately be labeled neofacists” angehörten (Mearsheimer, 2014, S.80). Wie Putin in seiner Rede zu den Ereignissen in der Ukraine 2014 betonte, handelten die Unterstützer des Umsturzes gegen die Werte, für die Russland steht. In der Ukraine sei es laut Putin (zitiert nach BBC, 2014) zu einer Machtübernahme durch “Nationalists, Neo-Nazis, Russophobes and Anti-Semites” gekommen, welche den “ideological heirs of Bandera, Hitler’s accomplice during World War II” gleichkommen. Putin machte in dieser Rede deutlich, dass die Ukraine unter der neuen Führung keine Werte und Normen mit Russland teilt. Er verglich die ukrainische Regierung mit Hitler Sympathisanten, welcher im Zweiten Weltkrieg der größte ideologische Feind der Sowjetunion darstellte. Während die russische Führung in Janukowitsch noch einen Hoffnungsträger sah, der die Beziehung zwischen den beiden Ländern verbessern sollte, empfinden sie die neue Regierung als eine feindliche Bedrohung, mit der man keinerlei Wertevorstellungen teilt. Spätestens ab der Annexion der Krim durch Russland begann man sich im internationalen System als Feinde wahrzunehmen und handelte dementsprechend. Dieses gegenseitige Bild blieb ab diesem Zeitpunkt bestehen. Das Narrativ bildete auch eine der Grundlagen für die russische Militäroffensive im Jahr 2022.

In Putins Fernsehansprache zum russischen Angriff auf die Ukraine begründete er sein Vorgehen damit, dass in den letzten Jahren rechtsradikale Kräfte, welche von westlichen Staaten unterstützt wurden, zunahmen und man im Angesicht der Gefahr für Russland und der Ukraine einschreiten musste (Zeit Online, 2022). In seiner Rede kritisierte er den amerikanischen Imperialismus, welcher „blutige, nicht heilende Wunden, Eiterbeulen des internationalen

Terrorismus und Extremismus“ hinterlässt (Zeit Online, 2022). Die Unterstützung des Umsturzes und die Etablierung einer neuen Regierung in der Ukraine verurteilte der russische Präsident als einen Eingriff in die Souveränität des Landes. Der russische Präsident bekräftigt, dass man den Grundsatz der Freiheit, welcher ein Bestandteil der russischen Politik darstellt, auch den Menschen in der Ukraine ermöglichen möchte. Deshalb betonte Putin in seiner Rede mehrfach, dass die Hauptaufgabe der russischen Truppen die „Entnazifizierung“ der Ukraine sei. In diesem Ziel sieht er eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, in der sich bereits früherer Generationen gegen Nationalsozialisten gestellt haben. Dabei ruft er in seiner Rede zum Widerstand gegenüber dem neu erstarkten Nationalsozialismus in der Ukraine auf (Zeit Online, 2022).

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich die russische Wahrnehmung der Ukraine im Untersuchungszeitraum erheblich gewandelt hat. Die Regierung unter Janukowitsch wurde als freundlich wahrgenommen und man schloss Handelsabkommen ab und legte Konflikte friedlich bei. Da man sich in der gleichen internationalen Gemeinschaft befand und gleiche Werte teilte, bildete sich eine Kantianische Struktur zwischen den Akteuren heraus, die von gegenseitigem Vertrauen und Unterstützung geprägt war. Nach dem Sturz des amtierenden Präsidenten betrachtete die russische Führung die gebildete Regierung als illegitim und von russophoben und nationalistischen Kräften durchdrungen. Ab diesem Zeitpunkt nahm die russische Regierung die Ukraine als „Feind“ wahr, da man keine gemeinsamen Werte vertrat. Diese Betrachtung blieb seitdem erhalten und es stellten sich Hobbes'sche Strukturen in der Beziehung zwischen der Ukraine und Russland ein. Von da an sah man sich mit der anarchischen Ordnung konfrontiert, was zur Folge hat, dass sich Staaten als gegenseitige Bedrohung sehen. Insofern passen die Äußerungen der Regierungsvertreter in das konstruktivistische Erklärungsmodell, wonach sich die außenpolitischen Beziehungen von Staaten verändert, wenn sie sich mangels gemeinsamer Werte nicht mehr als Freunde wahrnehmen. Dementsprechend kann die Hypothese im vorliegenden Fall bestätigt werden und Staaten stehen sich im internationalen System bei fehlender Wertegemeinschaft feindlich gegenüber.

5. Staaten sind anderen Akteuren, mit denen sie kulturell verbunden sind, freundlich gestimmt

Im Jahr 2014 annektierte die russische Führung die Halbinsel Krim und begann das Gebiet in das russische Staatsgebiet einzugliedern. Mit der Militäroffensive 2022 sollten weitere Teile, vor allem der Osten der Ukraine, folgen. Vor diesem Hintergrund gilt es zu untersuchen, ob

Russlands Vorgehen in der Ukraine auf die gemeinsame Geschichte und das Gefühl der Verbundenheit zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist zu klären, ob die Annexion und der Angriff auf die Ukraine eine notwendige Maßnahme darstellte, um die dort lebende russische Ethnie zu schützen.

Die gemeinsame Geschichte der beiden Länder geht bis auf das Jahr 1783 zurück. Seit der Eroberung der Krim durch Russland hat die Halbinsel einen besonderen Stellenwert in der russischen Historie (Von Beyme, 2016a, S. 97). Die Annexion der Krim mit dem Wunsch nach der Wiederherstellung der alten Größe der Sowjetunion zu erklären, wird der Bedeutung der Halbinsel im kollektiven russischen Bewusstsein nicht gerecht. Im 18. Jahrhundert wurde der Krim noch wenig Beachtung geschenkt und sie wurde lediglich aufgrund ihrer strategisch günstigen Lage geschätzt. Im Laufe der Zeit änderte sich diese Einstellung und die Krim wurde zur Zeit der Sowjetunion als Urlaubsziel unter Millionen Erwerbstätigen immer beliebter. Schon allein aus diesem Grund fühlen sich immer noch viele Russen mit der Region eng verbunden (Jobst, 2015, S.6f.). Auch viele Künstler und Schriftsteller verbrachten dort ihre Zeit und trugen dazu bei, dass „die Krim im russischen kollektiven Bewusstsein als integraler Ort russischer Kultur“ (Jobst, 2015, S.7) im Gedächtnis blieb. Während der Sowjetzeit gewann auch der Donbass für Russland an Bedeutung. War die Region bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch dünn besiedelt, so entwickelte sie sich zu einem bedeutenden Industriezentrum. Viele Russen ließen sich daraufhin im Donbass nieder. Sie brachten ihre russische Kultur und fühlten sich Russland und der Sowjetunion weiterhin verbunden (Walter, 2022). Auch der russische Staatschef Putin hob in seiner Rede zur Annexion der Krim die gemeinsame Geschichte beider Länder hervor und betonte, dass “in people’s hearts and minds, Crimea has always been an inseparable part of Russia” (Putin zitiert nach BBC, 2014). Ein Schwerpunkt seiner Rede war, an die kulturelle Verbundenheit der beiden Nationen zu erinnern:

“Everything in Crimea speaks of our shared history and pride. This is the location of ancient Khersones, where Prince Vladimir was baptised. His spiritual feat of adopting Orthodoxy predetermined the overall basis of the culture, civilisation and human values that unite the peoples of Russia, Ukraine and Belarus. The graves of Russian soldiers whose bravery brought Crimea into the Russian empire are also in Crimea” (Putin zitiert nach BBC,2014).

Auch die russische Bevölkerung nimmt die Halbinsel mehrheitlich als russisches Territorium wahr, mit dem sie kulturell eng verbunden sind (Jobst, 2015, S.8). Für den ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger (2014) waren die Bestrebungen Russlands, die Krim einzugliedern, keineswegs überraschend.

“The West must understand that, to Russia, Ukraine can never be just a foreign country. Russian history began in what was called Kievan-Rus. The Russian religion spread from there. Ukraine has been part of Russia for centuries, and their histories were intertwined before then” (Kissinger, 2014).

Auch die Mehrheit der auf der Krim lebenden ethnischen Russen, welche ca. 60 Prozent der dortigen Bevölkerung ausmachen, wünschten sich einen Anschluss der Krim an Russland (Mearsheimer, 2014, S.81). Diese Spaltung der Ukraine hinsichtlich der Unterschiede in der Kultur, Ethnie und der Sprache haben sich über Jahrhunderte hin entwickelt und wirken sich heute noch auf den Konflikt aus. Die Ukraine ist zwar ein Staat, aber keine geeinte Nation (Motyl, 2015, S.80). Einer Umfrage zufolge fühlten sich über 55 Prozent der Krim-Bevölkerung eng mit der russischen Tradition verbunden und mehr als 14 Prozent gaben sogar an, sich mit der sowjetischen Kultur zu identifizieren. Mehr als 90 Prozent der dort lebenden Menschen sprechen zudem fließend Russisch (Ukraine-Analyse, 2013, S. 15). So verwundert es nicht, dass die Krim-Bevölkerung die Proteste und den Sturz Janukowitschs kritisch betrachtete. Zum Großteil auch deshalb, weil die Übergangsregierung 2014, die sich aus Vertretern der Vaterlandspartei Batkivschina, der Svoboda-Partei und den Vertretern der Majdan-Revolutionäre zusammenschloss, das unter Janukowitsch 2012 eingeführte Sprachgesetz aufhob. Das Gesetz sah die Gleichstellung der russischen Sprache mit dem Ukrainischen vor (Fischer, 2014, S.2). Die russische Führung behauptete daraufhin, dass die russischen Minderheiten in der Ukraine von der neuen Regierung unterdrückt werden. Der russische Präsident kommentierte die Vorkommnisse wie folgt:

“Those who opposed the coup were immediately threatened with repression. Naturally, the first in line here was Crimea, the Russian-speaking Crimea. In view of this, the residents of Crimea and Sevastopol turned to Russia for help in defending their rights and lives, in preventing the events that were unfolding and are still underway in Kiev, Donetsk, Kharkov and other Ukrainian cities” (Putin zitiert nach BBC,2014).

Beim Referendum über die Eingliederung der Krim ins russische Staatsgebiet wurde offiziell behauptet, dass bei einer Wahlbeteiligung von 83,1 Prozent mehr als 96 Prozent für den Beitritt stimmten. Eine kritische Wahlanalyse ergab jedoch, dass die tatsächlichen Zahlen deutlich unter den Angaben lagen (Von Beyme, 2016a, S.94). Auch in der Ostukraine forderten schließlich die separatistischen Bewegungen die Anerkennung der unabhängigen Volksrepubliken Luhansk und Donezk. In Putins Rede zur „Historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ im Jahr 2021 bekundete er seine volle Unterstützung für die Regionen und betonte, dass die Entscheidung

der dort lebenden Menschen respektiert werden muss. Die Intervention in den Konflikt wurde von der russischen Führung mit einem notwendigen Schutzakt gerechtfertigt, der die russische Minderheit vor „ethnischer Säuberung“ und vor dem „Einsatz militärischer Gewalt“ bewahren sollte (Putin, 2021). Die Anerkennung der Volksrepubliken durch Russland und der Einmarsch russischer Truppen in die Ostukraine erfolgte im Jahr darauf. Der Eingriff geschah unter dem Vorwand, dass man die dortige russische Bevölkerung vor einem Genozid schützen möchte (Deutschlandfunk, 2022).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ostukraine und die Krim eine lange historische und kulturelle Verbundenheit mit Russland teilen. Der russische Präsident Putin legitimiert unter anderem aufgrund der gemeinsamen Geschichte den Angriff auf die Ukraine. Folgt man den Auffassungen der russischen Bevölkerung und den Aussagen des Staatschefs, empfinden sie die Ostukraine und die Krim als einen unentbehrlichen Teil Russlands. Aufgrund ihrer gemeinsamen Werte und Geschichte nimmt Russland diese Gebiete als „Freund“ im internationalen System war. Da sich freundliche gestimmte Akteure unterstützen, ist es aus konstruktivistischer Sicht naheliegend, dass Russland die Unabhängigkeitsbestrebungen der Regionen und die Beitrittsgesuche mitträgt. Die russische Führung rechtfertigt das Vorgehen in der Ukraine damit, dass die dortige russische Ethnie vor Akteuren mit gegensätzlichen Werten und Normen geschützt werden muss. Aus konstruktivistischer Sicht stellt das Eingreifen der russischen Truppen eine notwendige Schutzmaßnahme dar. Im untersuchten Fall bestätigt sich demnach die theoretische Erwartung.

5. Fazit - Wann kommt der Friede?

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, die Ursachen für die russische Militäroffensive 2022 in der Ukraine zu untersuchen. Die Grundlage dafür bildeten der neorealistische Denkansatz nach Kenneth Waltz und die staatszentrierte konstruktivistische Theorie nach Alexander Wendt. Beide Theorien konnten Teilaspekte des russischen Verhaltens weitestgehend erklären. Das neorealistische Erklärungsmodell führte die Entscheidung, die Ukraine anzugreifen, auf machtsstrukturelle Beweggründe zurück. Wirft man einen Blick durch die neorealistische „Theoriebrille“, so fühlte sich Russland aufgrund der NATO-Osterweiterung und der Annäherung des Westens an die Ukraine gezwungen, seine Sicherheitsposition im internationalen System zu verteidigen. Um zu verhindern, dass sich der Westen bis an die Grenze Russlands ausbreitet und die Ukraine gänzlich an sich bindet, annektierte die russische Führung die Krim. Da sich der Westen jedoch nicht zurückzog, sondern die wirtschaftliche und

sicherheitspolitische Annäherung an die Ukraine weiter vorantrieb, begann die russische Föderation mit einer militärischen Invasion, welche das Ziel hatte, die Ukraine einzunehmen. Darüber hinaus betont der Neorealismus, dass neben Sicherung des Überlebens im internationalen System auch andere Interessen für Russland im Vordergrund stehen. So war auch die günstig geographische Lage der Ukraine sowie ihr großes Vorkommen an essenziellen Ressourcen von Bedeutung. Für Russland ist die Einnahme strategisch wichtiger Gebiete, um die eigene Sicherheit zu stärken, von erheblichem Interesse. Ein weiterer nutzentechnischer Aspekt, der Russland Vorteil einbrachte, ist die Aneignung von Energiereserven. Zum einen konnte Russland mit dem Verkauf der Ressourcen beträchtliche Gewinne einstreichen, zum anderen nutzte Russland den neu gewonnenen Zugang zu den Energiequellen als Druckmittel gegen die Ukraine und westliche Staaten. Die Untersuchung des empirischen Falles anhand der neorealistischen Erklärungsansatzes weist jedoch auch seine Grenzen auf. Die neorealistische Perspektive vernachlässigt die historische und kulturelle Verbundenheit die Russland mit der Ukraine hat. In diesem Fall bietet sich die Anwendung des Konstruktivismus an, der aus dem vernachlässigten Blickwinkel argumentiert. Der konstruktivistische Denkansatz führt die russische Invasion in der Ukraine auf eine veränderte Wahrnehmung und den Verlust gemeinsamer Wertevorstellungen zurück. Durch die Etablierung einer prowestlichen Regierung wurde die Ukraine von Russland nicht mehr als Freund im internationalen System angesehen. Da sich Russland mit den in der Ostukraine und auf der Krim lebenden russischen Minderheiten weiterhin eng verbunden fühlt, hätte man nicht zulassen können, dass diese durch Nationalisten bedroht werden.

Während der Neorealismus die gegenseitige Wahrnehmung und Wertevorstellungen von Akteuren vernachlässigt, ignoriert der Konstruktivismus die machtpolitische Betrachtungsweise. Um einer vollständigen Erklärung für die Ursachen des russischen Verhaltens näherzukommen und um ein besseres Verständnis des Konflikts zu entwickeln, ist eine Verknüpfung beider Ansätze sinnvoll. Insgesamt können beide Theorien das russische Vorgehen in der Ukraine überzeugend erklären.

Das Ziel der Arbeit war es, mögliche Beweggründe für das russische Verhalten in der Ukrainekrise, insbesondere die Gründe für die Invasion der Ukraine 2022 aufzudecken und zu verstehen. Hierfür wurden zwei der „großen“ Theorien der Internationalen Beziehungen herangezogen und auf den empirischen Fall angewandt. Mit Blick auf die Zukunft, ist es laut dem neorealistischen Ansatz notwendig, dass die NATO und die westlichen Staaten die russischen Sicherheitsbedenken berücksichtigen. Sollte der Westen versuchen, die Ukraine in

multilaterale Bündnisse einzubinden, wird Russland weitere Schritte unternehmen, um dem entgegenzuwirken. Um zukünftig die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen und um die Chance für eine friedliche Einigung zu erhöhen, fordert der konstruktivistische Ansatz vom Westen, ein besseres Verständnis für die Werte und Interessen Russlands und der russischen Ethnien in der Ukraine zu entwickeln. Ebenso muss Russland die Souveränität der Ukraine respektieren und akzeptieren, wenn diese mit anderen Staaten kooperieren will. Um Konflikte zu vermeiden, wird es auch in der Zukunft daher wichtig bleiben, zu versuchen, die Motive für das Handeln der Akteure zu verstehen.

Literaturverzeichnis

Literatur

- Ditzel, P., Hoegerle, P. (2011). *Der Neorealismus in den Internationalen Beziehungen*. In: Müller, M. (eds) Casebook internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92092-4_2, S. 15–26
- Friedrich, C., Költzow, S., Tilly, J. (2011). *Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen*. In: Müller, M. (eds) Casebook internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92092-4_4
- Johannesson, J., & Clowes, D. (2022). *Energy Resources and Markets – Perspectives on the Russia–Ukraine War*. *European Review*, 30(1), <http://doi.org/10.1017/S1062798720001040>, S. 4–23
- Schimmelfenning, F. (2015). *Internationale Politik*, 4. Aktualisierte Auflage, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn.
- Schörning, N. (2010). *Neorealismus*. In: Theorien der Internationalen Beziehungen, Hrsg. Schieder S., Spindler M., 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 65-96.
- Stykw, P., Daase, C., Mackenzie, J., & Moosauer, N., (2009). *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken* (1. Aufl.). UTB.
- Ulbert, C. (2010). *Neorealismus*. In: Theorien der Internationalen Beziehungen, Hrsg. Schieder S., Spindler M., 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S.427-460
- Van Bladel, J. (2023). *Der Ukraine-Krieg als Folge geopolitischer Rivalität?* In: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik, Hrsg. Hansen, S., Husieva, O., Frankenthal, K., Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S.17-28
- Von Beyme, K. (2016a). *Der Ukraine-Konflikt*. In: Die Russland-Kontroverse, Springer Fachmedien, Wiesbaden, https://doi.org/10.1007/978-3-658-12031-3_7, S. 81-106

Von Beyme, K. (2016). *Die Russland-Kontroverse: Eine Analyse Des Ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern* (1. Aufl.). Springer VS.

Waltz, K. N. (1979). *Theory of International Politics*. Reading, Mass.: Addison Wesley.

Primärquellen

Putin, V. (12.07.2021). *Article by Vladimir Putin "on the historical unity of Russians and Ukrainians"*. President of Russia. <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> , abgerufen am 21.06.2023

Putin, V. (10.02. 2007). *Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy. President of Russia.* <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034> , abgerufen am 21.06.2023

U.S. Department of the Treasury. (20.06.2017). *Treasury Designates Individuals and Entities Involved in the Ongoing Conflict in Ukraine*. U.S. Department of the Treasury. <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm0114> , abgerufen am 23.06.2023

United States Department of State. (10.11.2021). *U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership*. U.S. Department of State. <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/> , abgerufen am 21.06.2023

Online-Medien

Allison, R. (2014). Russian “deniable” intervention in Ukraine: how and why Russia broke the rules. *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs 1944-), 90(6), 1255–1297. <http://www.jstor.org/stable/24538666> , abgerufen am 23.06.2023

BBC. (19.03.2014). *Crimea crisis: Russian President Putin's speech annotated*. BBC. <https://www.bbc.com/news/world-europe-26652058> , 23.06.2023

BBC. (05.04.2022). *What is Russia's Wagner Group of mercenaries in Ukraine?* BBC. <https://www.bbc.com/news/world-60947877> , abgerufen am 05.06.2023

Beake, N., Korenyuk, M. (27.06.2022). *Tracking where Russia is taking Ukraine's stolen grain*. BBC. <https://www.bbc.com/news/61790625> , abgerufen am 21.06.2023

- Der Spiegel. (26.12.2014). *Neue Militärdoktrin: Nato und Ukraine sind jetzt Putins größte Feinde*. DER SPIEGEL. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-putin-unterzeichnet-neue-militaerdoktrin-a-1010374.html> , abgerufen am 21.06.2023
- Der Spiegel. (22.3.2023). *Russland und China: Wladimir Putin und Xi Jinping unterzeichnen neue Deals*. DER SPIEGEL. <https://www.spiegel.de/ausland/treffen-in-moskau-russland-und-china-unterschreiben-kooperationsabkommen-a-f9e81c81-27e2-41f3-b797-7f21f0e92e4b>, abgerufen am 23.06.2023
- Der Spiegel. (04.04.2008). *Umstrittene Osterweiterung: Putin protestiert auf Nato-Gipfel - Russland fühlt sich „direkt bedroht“*. DER SPIEGEL. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/umstrittene-osterweiterung-putin-protestiert-auf-nato-gipfel-russland-fuehlt-sich-direkt-bedroht-a-545451.html> , abgerufen am 21.06.2023
- Deutschlandfunk. (24.02.2022). *Dokumentation - Rede des russischen Präsidenten Putin zur Ukraine*. Deutschlandfunk; deutschlandfunk.de. <https://www.deutschlandfunk.de/putin-rede-ukraine-100.html> , abgerufen am 23.06.2023
- Eydlin, A. (05.05.2023). *Krieg in der Ukraine: Chef der Wagner-Söldner kündigt Rückzug aus Bachmut an*. Zeit.de. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-05/ukraine-krieg-wagner-soeldner-jewgeni-prigoschin-bachmut-rueckzug-drohung> , abgerufen am 07.06.2023
- Faiola, A., Bennett, D. (10.8.2022). *In the Ukraine war, a battle for the nation's mineral and energy wealth*. Washington Post. Ukraine risks losing vast mineral resources to Russian occupation - The Washington Post, abgerufen am 21.06.2023
- FAZ. (09.11.2014). *Gasvertrag mit China: Russland macht sich vom Westen unabhängiger*. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neuer-gas-liefervertrag-von-russland-und-china-13256821.html> , abgerufen am 23.06.2023

- Fischer, S. (14.03.2014). *Eskalation der Ukraine-Krise*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). *Eskalation der Ukraine-Krise - Stiftung Wissenschaft und Politik (swp-berlin.org)*, abgerufen am 08.06.2023
- Fischer, S. (28.10.2022). *Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs. <https://doi.org/10.18449/2022A66>, abgerufen am 08.06.2023
- Gebauer, M. (04.04.2008). *Gipfel in Bukarest: Wut auf die Nato - Putin kündigt Widerstand an*. DER SPIEGEL. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/gipfel-in-bukarest-wut-auf-die-nato-putin-kuendigt-widerstand-an-a-545500.html>, abgerufen am 05.06.2023
- Gerring, J. (2004). *What Is a Case Study and What Is It Good for?* *The American Political Science Review*, 98(2), 341–354. <http://www.jstor.org/stable/4145316>, abgerufen am 23.06.2023
- Götz, R. (2015). *Erdgas für die Ukraine im Winter 2015/16: Wie viel, zu welchem Preis von wem?* in: *Ukraine-Analysen*, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr.155. <https://www.researchgate.net/publication/281863067>, abgerufen am 23.06.2023
- Härtel, A. (13.04.2010). *Back to the Future? Die russisch-ukrainischen Beziehungen nach den ukrainischen Präsidentschaftswahlen*. *Ukraine-Analysen*, 72, 2–5. <https://doi.org/10.31205/ua.072.01>, abgerufen am 23.06.2023
- Heusgen, C. (12.05.2022). *The war in Ukraine will be a historic turning point*. *Foreign Affairs (Council on Foreign Relations)*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/germany/2022-05-12/war-ukraine-will-be-historic-turning-point>, abgerufen am 27.06.2023
- Hubbard, B., Harman, G. (15.03.2023). *Why the Black Sea Is a Flashpoint Between Russia and the West*. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2023/03/15/world/middleeast/black-sea-ukraine-war.html>, abgerufen am 05.06.2023

- Jobst, K. S. (2015). *Die symbolische Bedeutung der Halbinsel Krim für Russland*. *Russland-Analysen*, 291, 6-8. <https://doi.org/10.31205/RA.291.02> , abgerufen am 05.06.2023
- Kim, V. (31.03.2022). *What is the Wagner group?*. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2022/03/31/world/europe/wagner-group-russiaukraine.html>, abgerufen am 05.06.2023
- Kissinger, H. A. (05.03.2014). *How the Ukraine crisis ends*. *Washington post*. https://www.washingtonpost.com/opinions/henry-kissinger-to-settle-the-ukraine-crisis-start-at-the-end/2014/03/05/46dad868-a496-11e3-8466_d34c451760b9_story.html , abgerufen am 23.06.2023
- Klein, M., Westphal, K. (16.09.2015). *Russlands Wende nach China*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). *Russlands Wende nach China - Stiftung Wissenschaft und Politik* (swp-berlin.org), abgerufen am 21.06.2023
- Kramliczek, P. (21.02.2022). *Geschichte des Russland-Ukraine-Konflikts: Stationen seit 2014*. BR24. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russland-ukraine-konflikt-chronologie-der-stationen-seit-2014,Sxn0fgj>, abgerufen am 05.06.2023
- Lpb. (06.2023). *Chronologie des Ukraine-Konflikts*. Lpb-bw.de. <https://www.lpb-bw.de/chronik-ukrainekonflikt> , abgerufen am 24.06.2023
- Lpb. (2022). *Der Kalte Krieg 1945 bis 1991: Neuer Kalter Krieg?*.Lpb-bw.de. <https://osteuropa.lpb-bw.de/kalter-krieg>, abgerufen am 25.06.2023.
- Mdr Aktuell. (2023). *Russischer Angriff auf die Ukraine Die Chronik des Russland-Ukraine-Kriegs*. MDR. <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/chronik-russland-ukraine-angriff-krieg-putin-100.html> , abgerufen am 27.06.2023
- Mearsheimer, J. J. (19.03.2022). *John Mearsheimer on why the West is principally responsible for the Ukrainian crisis*. *The Economist*. <https://www.economist.com/by-invitation/2022/03/11/john-mearsheimer-on-why-the-west-is-principally-responsible-for-the-ukrainian-crisis>, abgerufen am 05.06.2023

- Mearsheimer, J. J. (2014). *Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin*. *Foreign Affairs*, 93(5), 77–89. <http://www.jstor.org/stable/24483306>, abgerufen am 05.06.2023
- Meister, S. (2010). *Die Ukraine zwischen Russland und der EU*. (DGAP-Standpunkt, 11). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-52857-8>, abgerufen am 23.06.2023
- Motyl, A. J. (2015). *THE SURREALISM OF REALISM: Misreading the War in Ukraine*. *World Affairs*, 177(5), 75–84. <http://www.jstor.org/stable/43555427>, abgerufen 23.06.2023
- Muggah, R., Dryganov, V. (28.04.2022). *Russia's resource grab in Ukraine*. *Foreign Policy*. <https://foreignpolicy.com/2022/04/28/ukraine-war-russia-resources-energy-oil-gas-commodities-agriculture/>, abgerufen am 21.06.2023
- Nienhuysen, F. (05.06.2023). *Arte-Dokumentation über Wagner-Gruppe: Wo sie sind, wird es düster*“. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/medien/wagner-gruppe-arte-ukraine-krieg-1.5901937>, abgerufen am 05.06.2023
- Person, R., McFaul, M. (22.02.2022). *What Putin Fears Most*. *Journal of Democracy*, 33(2), 18–27. <https://www.journalofdemocracy.org/what-putin-fears-most/>, abgerufen am 23.06.2023
- Putin, V. (15.01.2020). *Presidential Address to the Federal Assembly*. President of Russia. <http://www.en.kremlin.ru/events/president/news/62582> , abgerufen am 23.06.2023
- Richter, W. (2014). *Die Ukraine-Krise: die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation*. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-krise-und-paneuropaeische-sicherheitskooperation>, abgerufen am 25.06.2023
- Rietzschel, A., Munzinger, P. (12.02.2015). *Krieg in der Ukraine: Und wieder Minsk*. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-und-wieder-minsk-1.2338633> , abgerufen am 26.06.2023

- Sarotte, M. E. (2014). *A Broken Promise? What the West Really Told Moscow About NATO Expansion*. *Foreign Affairs*, 93(5), 90–97. <http://www.jstor.org/stable/24483307>, abgerufen am 24.06.2023
- Saul, D. (07.06.2022). *What we know about where Russia's 'stolen' grain is going*. *Forbes*. <https://www.forbes.com/sites/dereksaul/2022/06/07/what-we-know-about-where-russias-stolen-grain-is-going/?sh=210cbab156ce> , abgerufen am 23.06.2023
- Stanyard, J., Vircoulon, T., Rademeyer, J. (02.2023). *The grey zone: Russia's military, mercenary and criminal engagement in Africa*. Global Initiative Against Transnational Organized Crime. <https://globalinitiative.net/analysis/russia-in-africa/> , abgerufen am 05.06.2023
- Stern. (2022). *Diskussionen über Russland-Politik spalten AfD und Linke*. <https://www.stern.de/politik/afd-und-die-linke--position-gegenueber-russland-spaltet-die-parteien-31668164.html>, abgerufen am 24.06.2023
- Sui, C. (20.09.2022). *Analysis: China's Balancing Act on Russia's War in Ukraine*. *Voice of America (VOA News)*. <https://www.voanews.com/a/analysis-china-s-balancing-act-on-russia-s-war-in-ukraine/6755689.html> , abgerufen 21.06.2023
- Tagesschau. (19.03.2014). *Das Assoziierungsabkommen mit der EU*. *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/assoziierungsabkommen-ts-104.html>, abgerufen am 24.06.2023
- Tagesschau. (12.02.2015). *Hintergrund: Der Minsker Friedensplan*. *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/massnahmen-minsk-101.html>, abgerufen am 07.06.2023
- Tagesschau. (21.02.2023). *Putins Rede an die Nation Der Westen hat „den Krieg losgetreten“*. *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-putin-rede-an-nation-101.html>, abgerufen am 21.06.2023
- Ukraine-Analysen. (22.01.2013). *Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bewohner auf der Krim*. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 111. Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim, Länder-Analysen (laenderanalysen.de), abgerufen am 23.06.2023

- Walter, J. D. (09.06.2022). *Warum ist gerade der Donbass so wichtig?* Deutsche Welle. <https://www.dw.com/de/warum-ist-der-donbass-so-wichtig-f%C3%BCr-russland/a-61523314> , abgerufen am 09.06.2023
- Waltz, K. N. (1988). *The Origins of War in Neorealist Theory*. *The Journal of Interdisciplinary History*, 18(4), 615–628. <https://doi.org/10.2307/204817> , abgerufen am 23.06.2023
- Watson, I., Tkachenko, M. (21.04.2010). *Russia, Ukraine agree on naval-base-for-gas deal*. CNN. <https://edition.cnn.com/2010/WORLD/europe/04/21/russia.ukraine/> , abgerufen am 22.06.2023
- Weisflog, C., Mijnsen, I. (22.04.2022). *Chronologie der Maidan-Revolution*. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571> , abgerufen am 07.06.2023
- Welt. (07.09.2014). *Hintergrund: Das Minsker OSZE-Protokoll für eine Feuerpause*. Die Welt. https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article131986171/Das-Minsker-OSZE-Protokoll-fuer-eine-Feuerpause.html, abgerufen am 07.06.2023
- Wendt, A. (1992). *Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics*. *International Organization*, 46(2), 391–425. <http://www.jstor.org/stable/2706858> , abgerufen am 24.06.2023
- ZDF. (09.02.2022). *Chronologie des Konflikts: Ukraine: Was seit der Krim-Annexion geschah*. Politik. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-konflikt-chronologie-100.html>, abgerufen am 21.06.2023
- ZDF. (04.12.2022a). *Nasa-Schätzung zu Ukraine-Krieg: Russland erntet Weizen in Milliarden wert*. ZDF Heute. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/nasa-russland-weizen-ukraine-krieg-100.html> , abgerufen am 21.06.2023
- Zeit Online. (24.02.2022). *Krieg in der Ukraine: Die Rede von Wladimir Putin im Wortlaut*. Zeit Online. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/wladimir-putin-rede-militaereinsatz-ukraine-wortlaut> , abgerufen am 21.06.2023